# Inhaltsverzeichnis

1. Jefta .....
2. Businesseurope .....
3. European Services Forum .....
4. ACEA .....
5. Bundesverband der Deutschen Industrie .....

# JEFTA

Das **EU-Japan Economic Partnership Agreement (EPA)** – auch **Japan-EU Free Trade Agreement** „JEFTA“ genannt – ist ein bilaterales Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Japan, das von 2013 bis 2017 unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt wurde. Das Abkommen wurde am 17.07.2018 unterschrieben und soll Anfang 2019 in Kraft treten. Die Ratifizierung im Europäischen und Japanischen Parlament steht noch aus. Das Abkommen formuliert den Rahmen für eine Wirtschaftszone, die 30 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts und 40 Prozent des globalen Handels umfasst. Somit entsteht durch das Abkommen die größte „Freihandelszone“ der Welt. Ziel ist laut dem Europäischen Auswärtigen Dienst auf beiden Seiten Wirtschaftswachstum zu generieren.[1]

**Inhaltsverzeichnis**


1 Chronologie der Japan-EU-Beziehungen ..... 2
2 Verhandlungsrunden ..... 4
3 Prozess: Geheimverhandlungen und einseitiger Konzerneinfluss ..... 6
3.1 Vom gemischten Abkommen zu EU-only ..... 8
4 Inhalte ..... 8
4.1 Angleichung von Standards über sogenannte regulatorische Kooperation ..... 8
4.1.1 Geplante Ausschüsse ..... 9
4.1.2 Vorsorgeprinzip ..... 9
4.1.3 Datenschutz ..... 9
4.2 Schiedsgerichte ..... 9
4.3 Umwelt ..... 10
4.3.1 Illegaler Holzhandel ..... 10
4.3.2 Walfang ..... 10
4.3.3 Klimaschutz ..... 10
4.3.4 Öffentliche Dienstleistungen ..... 10
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus ..... 11
6 Einzelnachweise ..... 11


## Chronologie der Japan-EU-Beziehungen

| Wann | Ereignis | Inhalt/ Personen/ Institutionen |
|---|---|---|
| 2019 | JEFTA soll in Kraft treten[2] | |
| Ausstehend | Ratifizierung im Europäischen und Japanischen Parlament[3] | Europäisches und Japanisches Parlament |
| 17.07.2018 | 25. EU-Japan-Gipfel in Tokio | Premierminister Shinzō Abe, Donald Tusk und Jean-Claude-Juncker unterzeichnen JEFTA[4] |
| 06.0 | | |

| Wann | Ereignis | Inhalt/ Personen/ Institutionen |
|---|---|---|
| 7.2018 | Ratifizierung im Rat der EU[5] | Rat der Europäischen Union |
| 18.04.2018 | Veröffentlichung der Verhandlungstexte[6] | Europäische Kommission |
| 08.12.2018 | Verkünden eines erfolgreichen Beratungsabschluss[7] | Malmström und japanischer Außenminister Taro Kono |
| 07./08. Juli 2017 | Symbolischer Abschluss der Verhandlungen im Kontext des G20-Gipfels in Hamburg[8] | Donald Tusk (Präsident des Europäischen Rates), Jean-Claude Juncker (Präsident der Europäischen Kommission) und Shinzō Abe (Japans Premierminister) |
| 06.07.2017 | Offizielle Grundeinigung über das Wirtschaftspartnerabkommen[9] | |
| 2013 - 2017 | 18 Verhandlungsrunden[10] | |
| 25.03.2013 | Offizielle Eröffnung der Verhandlungen[11] | EU Japan |
| 29.11.2012 | Die Mitgliedstaaten der EU stimmen dem Start der Verhandlungen zu | Mitgliedstaaten[12] |
| 18.07.2012 | Die Europäische Kommission fragt Mitgliedsstaaten nach deren Erlaubnis, mit den Verhandlungen des Abkommens zu beginnen[13] | Europäische Kommission |
| Mai 2012 | Festlegung eines gemeinsamen Rahmens für kommende Verhandlungen zu JEFTA[14] | |
| 28.05.2011 | 20. EU-Japan-Gipfel, in dem die Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen lanciert werden [15] | Handelskommissar Karel De Gucht und Japans Außenminister Takeaki Matsumoto |
| April 2010 – Mai 201 | Erste gemeinsame Prüfung eines Wirtschaftsabkommens zwischen Japan und der | |

| Wann | Ereignis | Inhalt/ Personen/ Institutionen |
|---|---|---|
| 1 | EU[15] | |
| 2009 | Wissenschafts- und Technologieabkommen (EU Japan Science and Technology Cooperation Agreement) | Verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technologie[16] |
| 2008 | Abkommen zur Zusammenarbeit und gegenseitiger administrativer Unterstützung in Zollangelegenheiten (Agreement on Co-operation and Mutual Administrative Assistance in Customs Matters) | Sicherheit in der Lieferkette und Vereinfachung von Handel für zuverlässige Handelsunternehmen<br>Betrugsbekämpfung von [17] |
| Folgejahre | Bilateraler Dialog und invesitionsfördernde Programme | Ziel: Wirtschaftliche Annäherung und Zusammenarbeit[18] |
| 2004 | Gründung eines Kooperationsrahmens | Ziel: Förderung beidseitiger Investitionen[19] |
| 2003 | Abkommen zur Zusammenarbeit zu wettbewerbsschädlichen Aktivitäten (Agreement on Co-operation on Anti-competitive Activities) | Sicherstellung gleicher Bedingungen im Handel und bei Investitionen zwischen Japan und der EU[20] |
| 29.10.2001 | EU-Japan Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung (Mutual Recognition Agreement) | Konformitätsprüfung in den Bereichen Telekommunikation, Funkausrüstung, Elektroerzeugnisse, gute Laborpraktiken für chemische Stoffe und guter Herstellungsverfahren für Arzneimittel[21] |
| 1999 | Gründung des EU-Japan Business Round Table | Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Japan, Mitglieder: Geschäftsführung von 50 führenden japanischen und europäischen Unternehmen[22] |
| 1987 | Gründung des EU-Japan Centre for Industrial Cooperation | Grundbaustein für die europäisch-japanischen Handelsbeziehungen[23] |

*Stand: September 2018*

## Verhandlungsrunden

Zwischen April 2013 und April 2017 fanden insgesamt 18 Verhandlungsrunden statt. Auf der Seite der Europäischen Union verhandelte die EU-Kommission. Verhandlungsführer für die Generaldirektion Handel der EU war Mauro Petriccione.

Verhandlungspartner auf der japanischen Seite war die Regierung, vertreten von Premierminister Shinzō Abe. Die Chef-Verhandler für Japan wechselten mehrmals während der Verhandlungen (siehe Tabelle), überwiegend (Januar 2014 bis 2016) nahm jedoch der Japanische Außenminister Yasumasa Nagamine diese Rolle ein.

| Verhandlungsrunde | Datum | Verhandlungsführer |
|---|---|---|
| 1. Runde | April 2013 | Japanische Seite:<br><br>Jun Yokota, Sonderbeauftragter für die JEFTA-Verhandlungen Jun Yamada, Stellvertretender Direktor für Europäische Angelegenheiten<br><br>EU: Mauro Petriccione, Generaldirektion Handel, Direktor für Asien und Lateinamerika Mr. Viorel Isticioaia Budura, Geschäftsführer für Asien und dem Pazifik des Europäischen Auswärtigen Dienst |
| 2. Runde | Juni/ Juli 2013 | |
| 3. Runde | Oktober 2013 | Japanische Seite: Jun Yukota<br><br>EU: Mauro Petriccione |
| 4. Runde | Januar 2014 | Japanische Seite: Botschafter Yasumasa Nagamine, Außenminister, neuer Verhandlunsführer<br><br>EU: Mauro Petriccione |
| 5. Runde | März/ April 2014 | |
| 6. Runde | Juli 2014 | |
| 7. Runde | Oktober 2014 | |
| 8. Runde | Dezember 2014 | |
| 9. Runde | Februar 2015 | |
| 10. Runde | April 2015 | |
| 11. Runde | Juni 2015 | |
| 12. Runde | September 2015 | |
| 13. Runde | Oktober 2015 | |
| 14. Runde | November/ Dezember 2015 | |
| 15. Runde | Februar/ März 2016 | Japanische Seite: Koji Haneda, Botschafter für Internationale Wirtschaftsangelegenheiten |
| 16. Runde | Mai 2016 | |
| 17. | Oktober | |

| Verhandlungsrunde | Datum | Verhandlungsführer |
|---|---|---|
| Runde | 2016 | EU: Mauro Petriccione |
| 18. Runde | April 2017 | Japanische Seite: Yoichi Suzuki, Botschafter<br>EU: Mauro Petriccione |

[24][25], Anmerkung: Während das japanische Außenministerium regelmäßige Pressemitteilungen zu den Verhandlungsrunden herausgegeben hat, finden sich auf der Seite der Europäischen Kommission nur Informationen zu den letzten vier Verhandlungsrunden.

Die verhandelten Kapitel sind auf der Seite der Europäischen Kommission aufgeführt.[26] Unter anderem beinhaltet das Abkommen die Kapitel „Handel und nachhaltige Entwicklung“, „Handel zu Dienstleistungen, Liberalisierung von Investitionen und elektronischem Geschäftsverkehr“ und „Bewährte Regulierungspraktiken und regulatorische Kooperation“.

## Prozess: Geheimverhandlungen und einseitiger Konzerneinfluss

JEFTA stand immer wieder für eine fehlende öffentliche Transparenz während der Verhandlungen in der Kritik: Im Gegensatz zu den ebenfalls stark kritisierten TTIP-Verhandlungen, erhielten nicht einmal ausgewählte Abgeordnete Zugang zu den JEFTA-Verhandlungsdokumenten. So wurde das Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission erst nach 18 Verhandlungsrunden öffentlich: Greenpeace Niederlande leakte im Juni 2017 über 200 Seiten geheimer JEFTA-Verhandlungstexte. Dabei stellte sich heraus, dass das Abkommen in vielerlei Hinsicht nicht nur intransparent verhandelt wurde, sondern ähnlich problematische Klauseln für die Demokratie und Standards enthält wie TTIP. Das ist jedoch kein Wunder, wenn man sich den Verhandlungsprozess näher anschaut: Die EU-Generaldirektion Handel hat sich zu den JEFTA-Verhandlungen im Zeitraum von Januar 2014 bis Januar 2017 190 Mal mit Konzernlobbyisten getroffen. Somit fanden 89,2 Prozent der Treffen mit Unternehmensvertretern statt und nur 4 Prozent mit der Zivilgesellschaft.[27]

| Sektor | Anzahl der Treffen |
|---|---|
| Sektorübergreifende Bereiche | 61 |
| Agrar- und Lebensmittelbranche | 47 |
| Automobilindustrie | 20 |
| Maschinenbausektor | 16 |
| Telekommunikation und Technologie | 7 |
| Pharmaindustrie | 6 |

Mit der Zivilgesellschaft fanden dagegen nur neun Treffen mit der Europäischen Kommission statt. Kleine und mittelständische Unternehmen gingen leer aus. Das Gleiche gilt für Gewerkschaften.

Die einflussreichsten europäischen Lobbyakteure bei den JEFTA-Verhandlungen waren der größte europäische Arbeitgeberverband Businesseurope, der Dienstleistungsverband European Services Forum, der europäischen Weinanbauerverband CEEV, der Dachverband der Automobilindustrie ACEA und der Bundesverband der Deutschen Industrie.[27]

Die Hauptakteure der japanischen Lobby waren Keidanren (japanisches Pendant zum Business Europe, das mehr als 1.300 japanische Unternehmen, 109 Branchenverbände und 47 regionale Wirtschaftsverbände repräsentiert[28]) und der Landwirtschaftsverband JA-Zenchu (zentrale Organisation des genossenschaftlichen Sektors der japanischen Landwirtschaft) . Weitere Lobbyverbände, die Einfluss auf die JEFTA-Verhandlungen auf japanischer Seite genommen haben, sind[28]

Japan Chamber of Commerce and Industry (JCCI): Zentralverband der lokalen Industrie- und Handelskammer Japan Association of Corporate Executives (JACE): Vertreter unternehmerischer Führungskräfte Japan Foreign Trade Council (JFTC): Lobbyverband zur Versorgungssicherheit in den Bereichen Energie, Rohstoffe und Nahrungsmittel Japanese Consumer Co-operative Union (JCCU): Dachverband der Konsumgenossenschaften Food Rengo: Dachverband der 290 Einzelgewerkschaften aus Nahrungsmittel- und Tabakindustrie (105.000 Mitglieder) Japan Medical Association (JMA): Japanischer Ärzteverband

**Forderungen der europäischen Wirtschaftsverbände**

| | |
|---|---|
| Business Europe/ Japan Business Council in Europe | • Zollsenkung<br>• Abbau von nichttarifären Handelshemmnissen<br>• Starke Mechanismen einer regulatorischen Kooperation[29] |
| European Services Forum | • Regulatorische Kooperation im Dienstleistungsbereich<br>• Hoher Investitionsschutz mit Schiedsgerichten<br>• Marktzugang zur öffentlichen Bereitstellung von Dienstleistungen[30] |
| CEEV | • Zollabbau<br>• Abbau von technischen Barrieren[31] |
| ACEA | • In der EU produzierte Fahrzeuge sollen ohne weitere Testverfahren oder Modifikationen in Japan akzeptiert werden<br>• Europäischen Kleinwagen sollen die gleichen Wettbewerbschancen eingeräumt werden wie ihren japanischen Pendants[32]<br>• Abbau von nichttarifären Maßnahmen im Export von Fahrzeugen nach Japan |
| BDI | • Investitionsschutz in einem getrennten Abkommen verhandeln<br>• liberaler Ansatz für Datenfluss[33] |

## Vom gemischten Abkommen zu EU-only

Als sich im Herbst 2017 abzeichnete, dass es Unruhe und keine schnelle Einigung mit Japan über Schiedsgerichte geben würde, entschied sich Handelskommissarin Malmström, das Thema in ein separates Abkommen zu verlagern. Die bei TTIP und CETA heftig kritisierten Konzernklagerechte vor Sondergerichten sind damit allerdings nicht vom Tisch. Sie werden kurzerhand getrennt vom Rest des JEFTA-Abkommens verhandelt: Eine durchsichtige Salamitaktik, um die Mitsprache der nationalen Parlamente zu umgehen.

Denn ohne Schiedsgerichte gilt JEFTA laut EU-Kommission nicht mehr als sogenanntes gemischtes Abkommen und bedarf damit nicht der Ratifizierung durch Bundestag und Bundesrat. Die Kommission fürchtet die Kritik von Bürgerinnen und Bürgern und geht so auf Nummer sicher. Der Teil mit den Konzernklagerechten soll später ohne große Debatte nachgereicht werden – so das Kalkül der Verhandler.

# Inhalte

## Angleichung von Standards über sogenannte regulatorische Kooperation

Die Handelsabkommen des 21. Jahrhundert sollen nicht mehr nur Zölle abbauen. Vielmehr geht es um den Abbau sogenannter nichttarifärer Handelshemmnisse. Diese „Hemmnisse“ sind u.a. unterschiedliche Standards und Regelungen zu Verbraucher- oder auch Umweltschutz. Auch im Zuge von JEFTA sollen über sogenannte regulatorische Kooperation nichttarifäre Handelshemmnisse abgebaut werden. Die damit verbundene gegenseitige Anpassung von Standards erfolgt jedoch bereits sehr früh im Gesetzgebungsprozess durch die Zusammenarbeit von HandelstechnokratInnen beider Vertragsseiten und der Unterstützung durch UnternehmensvertreterInnen. Diese erhalten somit noch vor den Parlamenten die Möglichkeit, geplante Gesetze einzusehen und zu kommentieren. Damit wird über einen Handelsvertrag dauerhaft eine Art Schattenparlament für LobbyistInnen festgeschrieben, das die Standards beider Handelspartner auf ihre Kompatibilität hin überprüft.[34] So erklärte sich Japan bereit, die internationalen Automobilstandards anzuerkennen und „sämtliche regulatorische Marktzugangshindernisse im Kfz-Bereich zu beseitigen, europäische Prüfverfahren und Produktstandards für Kraftfahrzeuge mit Wasserstoffantrieb anzuerkennen und mit Europa einvernehmlich bei der internationalen Normensetzung zu kooperieren“.[28] Des Weiteren werden pharmazeutische Herstellungsverfahren und Inhaltsstoffe auf beiden Seiten anerkannt. Nichttarifäre Handelshemmnisse bestehen darüber hinaus in Japan vor allem in den folgenden Bereichen:

- Japan-spezifische technische Normen
- Genehmigungsverfahren, Produktzertifizierungen und Zulassungen
- Sektorale Regulierung
- Beschränkungen der Geschäftstätigkeit
- Intransparente Zollverfahren
- Ausländische Anbieter werden bei Ausschreibungen des öffentlichen Beschaffungswesens benachteiligt
- „Distributionssysteme benachteiligen Newcomer aufgrund ihrer Exklusivität (z.B. bei Autoreifen) oder einer diskriminierenden Regulierung (z.B. bei alkoholischen Getränken)“[28]

## Geplante Ausschüsse

Zur Überwachung des Abkommens wird ein Gemeinsamer Ausschuss eingerichtet, der zahlreiche Unterausschüsse und Arbeitsgruppen umfasst. Diese sind dahingehend befugt, den Vertragsparteien apaErgänzungen zum Abkommen vorzuschlagen sowie teilweise eigenständig im Namen von Japan und der EU zu entscheiden. Welche Akteure in den Unterausschüssen sitzen, entscheidet der Gemeinsame Ausschuss. Ähnlich wie die regulatorische Kooperation etablieren die Ausschüsse dauerhafte Mechanismen, die Inhalte von JEFTA verändern könnten.

## Vorsorgeprinzip

Eine weitere Schwachstelle des Handelsabkommens ist laut BUND die unzureichende Verankerung des Vorsorgeprinzips im Vertrag.[35] „Es soll sicherstellen, dass der Staat vorsorglich handelt, auch wenn in der Wissenschaft (noch) Uneinigkeit über potentiellen Schaden besteht. Besteht der Verdacht, dass ein Produkt Umwelt und Menschen schadet, so wird es erst einmal nicht zugelassen.“[36] In den Bereichen der technischen Handelshemmnisse und der gesundheitlichen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen findet das Vorsorgeprinzip allerdings keine Beachtung. Nur das – im Vergleich zu den anderen Kapiteln – unbedeutsame Nachhaltigkeitskapitel erwähnt den „Vorsorgeansatz“. Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen sind nicht vorgesehen.

## Datenschutz

Die Verhandlungen zum Thema Datenschutz wurden aus den Verhandlungen herausgenommen und mittels einer Klausel auf einen späteren Zeitpunkt – nach Vertragsabschluss verlagert. Durch diese sogenannte „Rendez-Vous-Klausel“ könnte JEFTA zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal verändert werden. Das ist gerade beim Thema Datenschutz heikel, da die Regeln in Japan deutlich lascher sind als in Europa.

## Schiedsgerichte

Lange war offen, ob die umstrittenen Schiedsgerichte Teil des Abkommens sein würden. In diesem Fall hätten die Parlamente der EU-Mitgliedstaaten dem Abkommen einstimmig zustimmen müssen. Die Diskussion über Schiedsgerichte wurde im Herbst 2017 von der Handelskommissarin Malmström in ein separates Investitionsschutzabkommen ausgelagert. Erst durch diese Auslagerung der Schiedsgerichte war es möglich, dass Handelsabkommen zur ausschließlichen Zuständigkeit der EU zu erklären – ohne Mitspracherecht der nationalen Parlamente. Schiedsgerichte im Rahmen eines Investitionsschutzabkommens zwischen der EU und Japan würden die Klagerechte japanischer und europäischer Konzerne ausweiten. Zudem sind sowohl die EU als auch Japan daran interessiert, dass der Investitionsschutz kohärent mit weiteren Abkommen ist, an denen sie beteiligt sind. Das gilt vor allem für das transpazifische Handelsabkommen TPP (Trans-Pacific Partnership), das von Japan bereits ratifiziert wurde. Nach derselben Logik möchte die EU eine Investor-Staat-Streitbeilegung nach Vorbild des CETA-Abkommens. Das von der EU vorgesehene Verfahren ist etwas transparenter, da Juristen öffentlich bestellt und eine Revision möglich ist. Allerdings bleibt es dennoch bei einseitigen Klagerechten für Konzerne.

# Umwelt

## Illegaler Holzhandel

Japan fehlt es an strikten Gesetzen gegen illegalen Holzhandel: Japanische Unternehmen sind die Hauptabnehmer von illegalem Holz – das unter anderem aus Teilen Europas stammt. JEFTA könnte diesen illegalen Handel sogar noch vereinfachen. Dem Chef der Washingtoner Umweltschutzgruppe Environmental Investigation Agency, Alexander von Bismarck, zufolge, öffnet JEFTA „dem illegalen Holzhandel Tür und Tor“. [37] Das EU-Mitglied Rumänien ist ein wichtiges Herkunftsland für illegal geschlagenes Holz. Durch allzu schwammige Formulierungen in JEFTA drohten die letzten Urwälder Europas durch Holzexporte nach Japan zerstört zu werden. Das Abkommen betont bedauerlicherweise nur, dass Japan die Wichtigkeit des Themas anerkennen wird und ein Informationsaustausch initiiert werden soll, um dem illegalen Holzhandel entgegen zu wirken. JEFTA wäre eine Chance gewesen, illegalem Holzhandel entgegenzuwirken.

## Walfang

Japan ist neben Island und Norwegen einer von drei Staaten weltweit, in dem der Walfang noch nicht gesetzlich verboten ist. Japan betreibt den industriellen Walfang darüber hinaus auch außerhalb des eigenen Staatsgebietes. Während sich das Europäische Parlament dafür einsetzte, dass das Handelsabkommen klare Richtlinien für eine Abschaffung des Walfangs in Japan beinhalten sollte, klammerte die Europäische Kommission das Thema bei den Verhandlungen komplett aus – eine verpasste Chance aus Sicht von Umweltverbänden.[36]

## Klimaschutz

Zwar ist JEFTA laut der EU das erste Handelsabkommen, „in dem sich die Unterzeichner explizit zum Pariser Klimaabkommen bekennen“.[38] Das Abschließen von multilateralen Umweltschutzabkommen sei aber nur dann mit dem Abkommen vereinbar, wenn „dadurch der Handel nicht eingeschränkt oder der Vertragspartner nicht diskriminiert würde“. Diese schwammige Formulierung lässt viel Spielraum für Maßnahmen, die einer effektiven Klimaschutzpolitik entgegenwirken.

## Öffentliche Dienstleistungen

JEFTA sieht vor, „dass alle Wirtschaftsbereiche einer Marktöffnung, sprich Privatisierung unterworfen werden sollen, wenn der Vertragspartner nicht explizit einen Vorbehalt dagegen auflistet. Nur die Dienstleistungsbereiche, die nicht liberalisiert werden sollen, werden in einer sogenannten Negativ-Liste aufgeführt. Dienstleistungsbereiche, die geöffnet werden sollen, landen in einer sogenannten Positiv-Liste. Beispiele für Dienstleistungsbereiche sind die Wasser- und Energieversorgung sowie der Gesundheits- oder Bildungssektor. Das Besondere an der „Negativ-Liste“: Liberalisiert werden können auch alle Dienstleistungen, die es heute vielleicht noch gar nicht gibt“. Selbst das CETA-Handelsabkommen mit Kanada ist hier ambitionierter: Während CETA eine Klausel enthält, die Wasser als Handelsware ausnimmt, ist diese bei JEFTA nicht Teil des Abkommens.

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter Facebook Instagram Newsletter

## Einzelnachweise


1. ↑ Political Relations Europäischer Auswärtiger Dienst vom 25.01.2018, abgerufen am 23.08.2018
2. ↑ EU-Japan Freihandelsabkommen: Zölle abschaffen - gegen Protektionismus , Bundesregierung vom 17.Juli 2018, abgerufen am 06.09.2018
3. ↑ Das steckt hinter dem Freihandelsabkommen JEFAT , Augsburger Allgemeine vom 18.07.2018, abgerufen am 06.09.2018
4. ↑ Gipfeltreffen EU-Japan, Tokio, 17.7.2018 , Europäischer Rat vom 17.07.2018, abgerufen am 06.09.2018
5. ↑ EU-Japan: Rat beschließt Unterzeichnung des neuen Handelsabkommens , Europäischer Rat vom 06.07.2018, abgerufen am 06.09.2018
6. ↑ EU-Japan Economic Partnership Agreement: texts of the agreement , Europäische Kommission vom 18.04.2018, abgerufen am 05.09.2018
7. ↑ EU und Japan bringen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zum Abschluss Europäische Kommission vom 08.12.2018, abgerufen am 23.08.2018
8. ↑ EU-Japan Freihandelsabkommen: Grundsatzeinigung geschafft , Bundesregierung vom 07.07.2017, abgerufen am 06.09.2018
9. ↑ EU und Japan reach agreement in principle on Economic Partnership Agreement , Europäische Kommission vom 06.07.2017, abgerufen am 23.08.2018
10. ↑ EU-Japan Wirtschaftsabkommen Europäische Kommission vom 17.07.2018, abgerufen am 23.08.2018
11. ↑ A Free Trade Agreement between the EU and Japan , Europäische Kommission vom 25.03.2018, abgerufen am 05.09.2018
12. ↑ EU-Japan Free Trade Agreement: Commissioner De Gucht welcomes Member States' green light to start negotiations , Europäische Kommission vom 29.11.2018, abgerufen am 05.09.2018
13. ↑ Commission proposes to open negotiations for a Free Trade deal with Japan , Europäische Kommission, abgerufen am 05.09.2018
14. ↑ Japan-EU Economic Partnership Agreement (EPA) Under Negotiation Japanisches Außenministerium, abgerufen am 23.08.2018
15. ↑ [15,015,1] [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/122303.pdf 20th EU-Japan Summit Brussels, 28 May 2011 Joint Press Statement] , Europäischer Rat vom 28.05.2018, abgerufen am 07.09.2018
16. ↑ Agreement between the European Community and the Government of Japan on cooperation in science and technology , Europäische Kommission am 06.04.2011, abgerufen am 06.09.2018
17. ↑ International Customs Co-operation and Mutual Administrative Assistance Agreements Europäische Kommission, abgerufen am 23.08.2018
18. ↑ [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/NW_EU-Japan_FTA.pdf On the Economics of an EU-Japan Free Trade Agreement ] , Bertelsmann Stiftung, abgerufen am 07.09.2018
19. ↑ EU-trade with Japan , Europäische Kommission, abgerufen am 06.09.2018

20. ↑ Agreement between the European Community and the government of Japan concerning cooperation on anti-competitive activities , Europäische Kommission, abgerufen am 06.09.2018
21. ↑ Agreement on mutual recognition between the European Community and Japan , EUR-Lex European Union Law vom 29.10.2001, abgerufen am 06.09.2018
22. ↑ EU-Japan Business Round Table EU-Japan Centre for Industrial Cooperation, abgerufen am 23.08.2018
23. ↑ Political Relations Europäischer Auswärtiger Dienst vom 25.01.2018, abgerufen am 23.08.2018
24. ↑ EU-Japan Wirtschaftspartnerschaftsabkommen Europäische Komission vom 17.07.2018, abgerufen am 23.08.2018
25. ↑ Press Release Ministry of Foreign Affairs of Japan, abgerufen am 23.08.2018
26. ↑ [ http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1684 EU-Japan Economic Partnership Agreement: texts of agreement] Europäische Komission vom 08.12.2018, abgerufen am 23.08.2018
27. ↑ [27,027,1] JEFTA: Abgekartetes Spiel zwischen Konzernlobbyisten und EU-Kommission LobbyControl vom 29.05.2018, abgerufen am 23.08.2018
28. ↑ [28,028,128,228,3] [1] , Stiftung Wissenschaft und Politik, abgerufen am 10.09.2018
29. ↑ Japan Business Europe, abgerufen am 23.08.2018
30. ↑ EU and Japan trade deal European Service Forum, abgerufen am 24.06.2017
31. ↑ The EU Wine Industry welcomes the trade agreement with Japan Comité Européen des Entreprises Vins, abgerufen am 03.09.2018
32. ↑ Japan European Automobile Manufacturers Association, abgerufen am 03.09.2018
33. ↑ Langer Atem gefragt – Die Freihandelsverhandlungen der EU BDI vom 11.12.2017, abgerufen am 03.09.2018
34. ↑ JEFTA: Konzernlobbyisten lassen nicht locker LobbyControl, abgerufen am 23.08.2018
35. ↑ JEFTA-Handelsabkommen der EU mit Japan gefährdet Vorsorgeprinzip und EU-Umweltstandards BUND vom 16.07.2018, abgerufen am 23.08.2018
36. ↑ [36,036,1] JEFTA Viele Rechte, keine Pflichten LobbyControl, abgerufen am 23.08.2018
37. ↑ Wie JEFTA die letzten Urwälder Europas zerstört Campact vom 31.08.2017, abgerufen am 23.08.2018
38. ↑ EU und Japan unterzeichnen Freihandelsabkommen Zeit Online vom 17.07.2018, abgerufen am 23.08.2018


# Businesseurope

**BusinessEurope** ist der Dachverband europäischer Industrie- und Arbeitgeberverbände mit Sitz in Brüssel. 2021 hatte er 40 Mitgliedsverbände aus 35 europäischen Ländern. Deutsche Mitglieder sind der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). In der EU zählt der Verband zu den größten und einflussreichsten Lobbyorganisationen mit besten Kontakten zur EU-Kommission, dem EU-Parlament, dem Europäischen Rat und den Mitgliedstaaten. Für das Geschäftsjahr 2021 gab BusinessEurope an, sich 402 mal mit Mitgliedern der Europäischen Kommission getroffen zu haben [1], womit der Verband nach Angaben von lobbyfacts.eu den ersten Platz unter den gelisteten Organisationen belegte. Der

| BusinessEurope | |
|---|---|
| **Rechtsform** | internationaler gemeinnütziger Verein nach belgischem Recht (a.i.s.b.l.) |
| **Tätigkeitsbereich** | Interessenvertretung der europäischen Wirtschaft |
| **Gründungsdatum** | März 1958, 2007 umbenannt in BusinessEurope, the confederation of European business |
| **Hauptsitz** | Av. de Cortenbergh 168, 1000 Brüssel |
| **Lobbyb** | |

große Einfluss, den Businesseurope in den Arbeitsgruppen des Europäischen Rats, hat, ist von Corporate Europe eingehend untersucht worden.[2] Von besonderer Bedeutung ist danach die Mitwirkung in der Working Party on Competitiveness and Growth.

| BusinessEurope | |
|---|---|
| **üro** | |
| **Lobbyb** | |
| **üro EU** | |
| **Webad resse** | businesseurope.eu |

BusinessEurope betreibt intensive Lobbyarbeit, unter anderem bei der Aufweichung konkreter EU Klimaziele. Die Denkfabrik Influence Map kommt in einer Bewertung der Lobbyaktivitäten zur EU-Klimapolitik zu folgendem Ergebnis: BusinessEurope hat die Klimapolitik-Bestrebungen der EU seit 2015 überwiegend abgelehnt und scheint - trotz einer zunehmend positiven Kommunikation des „energy mix“ 2020-21 - weiterhin gegen verschiedene Aspekte der anspruchsvolleren Klimapolitik zu lobbyieren, die als „EU Green Deal“ und „Fit for 55 package“ vorgeschlagen wird.[3] Ein weiterer Schwerpunkt der Lobbyaktivitäten besteht in der Durchsetzung regulatorischer Kooperation in der Handelspolitik.

**Inhaltsverzeichnis**


1 Aktivitäten ... 14
2 Lobbystrategien und Einfluss ... 14
2.1 Lobbyisten ... 14
2.2 EU-Expertengruppen ... 15
2.3 Seitenwechsel ... 15
2.4 European Business Summit ... 15
2.5 BusinessEurope Day ... 16
3 Fallstudien und Kritik ... 16
3.1 2021-2022: Lobbying gegen ein europäisches Lieferkettengesetz ... 16
3.2 2013–2018: Lobbying für das Freihandelsabkommen JEFTA ... 17
3.3 2012–2018: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP ... 18
3.4 2010–2018: Lobbying zur Verhinderung effektiver Klimapolitik ... 19
3.5 2016: BusinessEurope‘s Kampf gegen das Transparenzregister ... 20
3.6 2009–2018: Better Regulation ... 20
4 Organisationsstruktur und Personal ... 21
4.1 Verbindungen ... 21
5 Finanzen ... 22
6 Geschichte ... 22
7 Weiterführende Informationen ... 22
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus ... 22
9 Einzelnachweise ... 22

## Aktivitäten

Laut Selbstdarstellung repräsentiert BusinessEurope in Brüssel die politischen Interessen von 20 Millionen Mitgliedsunternehmen aus 35 Staaten. Als Hauptaufgabe versteht BusinessEurope die Verteidigung dieser Interessen gegenüber den europäischen Institutionen, und als Hauptziel die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen im internationalen Vergleich.[4] Dies soll vor allem durch eine wirtschaftsfreundliche Gesetzgebung in den Bereichen Arbeit und Soziales sowie Umwelt und Klima erfolgen. Auch die Außen- und Wirtschaftspolitik der EU und ihrer Mitgliedsländer sind von zentraler Bedeutung. Übergeordnetes Ziel der Arbeit von BusinessEurope ist ein beständiges ökonomisches Wachstum innerhalb der EU.

## Lobbystrategien und Einfluss

- Überblick A-Z
- Lobbyismus in der EU

BusinessEurope pflegt auf höchster Ebene Kontakte zu Institutionen, die in der EU an der Ausarbeitung, Verabschiedung und Umsetzung von Gesetzen, Richtlinien, und anderen Regularien beteiligt sind, insbesondere zur EU-Kommission.[5] Während des Gesetzgebungsprozesses nehmen LobbyistInnen von BusinessEurope sowohl auf die strategische Ausrichtung als auch auf die konkrete Ausgestaltung durch persönliche Treffen und Policy Papers Einfluss. Weil letztere in regelmäßigen Abständen in sehr ähnlich klingende, offizielle EU-Positionen münden, gilt Business Europe als eine der einflussreichsten Lobbyorganisationen in Brüssel [6]

Ein 2018 geleaktes internes Dokument von BusinessEurope zeigt, mit welchen fragwürdigen Methoden der Verband gegen eine Verschärfung der Klimaziele der EU vorgehen wollte.[7] Option 1: Positives Verhalten, so lange das Vorhaben keinerlei Auswirkungen auf die Industrie hat. Option 2: Man könne sich gegen den Vorschlag stellen, „unter Gebrauch der üblichen Argumente eines globalen Spielfelds, wir können nicht für andere kompensieren etc." Option 3: „challange the process“: Die Industrie könnte den Prozess infrage stellen, etwa indem sie anzweifelt, dass die Klimaziele fair und transparent berechnet wurden. Oder sie könnte fragen, ob die Folgen ausreichend abgeschätzt wurden oder neue Risiken drohen.

## Lobbyisten

Im Transparenzregister EU hat BusinessEurope 30 Vollzeit-Lobbyisten registriert, von denen 25 für den Zugang zu den Räumlichkeiten des EU-Parlaments akkreditiert sind.[8] (Stand: Juli 2023)

## EU-Expertengruppen

BusinessEurope gehört 39 Expertengruppen der EU-Kommission an. Unter anderem ist der Dachverband in der "Commission's Expert Group on Sustainable Consumption and Production" und der "Consumer Policy Advisory Group" vertreten.[8]

## Seitenwechsel

- Marten Westrup arbeitete bis September 2010 für die *Generaldirektion Unternehmen und Industrie* in der EU-Kommission und nahm anschließend einen Beraterjob bei BusinessEurope an, um den Arbeitgeberverband in Klimafragen zu beraten. 2011 wechselte er zurück in die EU-Kommission zur *Generaldirektion Energie*. Die Kommission erteilte für diesen Wechsel eine Ausnahmegenehmigung.
- Eoin O'Malley arbeitete vier Jahre lang als "Senior Advisor on International Relations" für BusinessEurope. Im Juni 2010 wechselte er zur EU-Generaldirektion für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und später zur EU-Generaldirektion Handel, wo er Teil des Strategie-Teams ist. Die Kommission weigerte sich erarbeitete Dokumente oder Reden von O'Malley zu veröffentlichen. Nach einer Konferenz im März 2015 zu den Auswirkungen von TTIP auf Malta wurde er auf Twitter zitiert: "Die EU-Kommission braucht Input und Teilnahme der Unternehmen in der Debatte. Die Menschen müssen wissen, was die ökonomischen Vorteile sind." (Übersetzung des Verfassers) [9]

## European Business Summit

European Business Summit (EBS) ist eine Organisation, die Konferenzen ausrichtet, bei denen UnternehmensvertreterInnen auf hochrangige EU-Politiker treffen. Hauptveranstaltung ist das gleichnamige, jährlich stattfindende Gipfeltreffen. BusinessEurope und die Federation of Enterprises in Belgium (FEB) sind die Initiatoren. Die Veranstaltung steht außerdem unter der Schirrmherrschaft des belgischen Königs. [10] Zu den SprecherInnen im Jahre 2018 gehörten beispielsweise Frans Timmermanns (Kommissionsvizepräsident) und Cecilia Malmström (EU-Handelskommissarin) sowie zahlreiche VertreterInnen von Unternehmen ( u.a. Coca-Cola, Statoil, BASF) und Verbänden (u.a. BusinessEurope selbst, FuelsEurope, European Chemical Industry Council). Der European Business Summit vermittelt zwar das Bild eines Kongresses, in dem sich zwei Welten begegnen – Politik und Wirtschaft. In der Realität sind die Beziehungen zwischen den Akteuren allerdings weitaus verschwommener. Häufig sind die UnternehmensvertreterInnen schon zuvor als politische Einflussnehmer in Erscheinung getreten [11]. Neben dem Jahrestreffen organisiert EBS noch weitere spezifische Netzwerkveranstaltungen, bei denen EU- und RegierungsvertreterInnen auf IndustrievertreterInnen treffen – so zum Beispiel der European Defence Industry Summit, eine Konferenz zur Rüstungsindustrie oder Think Digital, eine Plattform zum digitalen Binnenmarkt. Dazu kommt die ebenfalls jährliche, exklusive Nachfolgeveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum Back From Davos [12].

## BusinessEurope Day

Der BusinessEurope Day findet seit 2014 jährlich statt. Das selbsterklärte Ziel besteht darin, eine ausgesuchte Gruppe an Führungspersonen aus Unternehmen und politischen Entscheidungsträgern zusammenzubringen, um über bestimmte, die Wirtschaft betreffende Politikfelder zu diskutieren. 2014 stand die Frage nach der Bedeutung der Industrie in Fokus, 2015 der neue Investitionsplan der EU, 2016 die Leistungsfähigkeit Europas, 2018 die Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft. Am 5. März 2020 fand der BusinessEurope Day zum fünften Mal statt mit dem Themenschwerpunkt "Prosperity, People, Planet". Zu den Sprechern aus der Politik gehörten unter anderem:

- Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission
- Valdis Dombrovskis, Geschäftsführender Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für Handel
- Maros Sefcovic, Vizepräsident der EU-Kommission EU-Kommissar für Interinstutionelle Beziehungen und Vorausschau
- Thierry Breton, EU-Kommissar für den Binnenmarkt
- Paolo Gentiloni, EU-Kommissar für Wirtschaft
- Kadrid Simson, EU-Kommissarin für Energie
- Dita Charanzova, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments[13]

# Fallstudien und Kritik

## 2021-2022: Lobbying gegen ein europäisches Lieferkettengesetz

Im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses um unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten hatte BusinessEurope vielschichtige Lobbyarbeit gegen weitreichende gesetzliche Maßnahmen betrieben. Wie der Bericht „Fein Raus“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Corporate Europe Observatory, Friends of the Earth Europe und der European Coalition for Corporate Justice zeigt, war BusinessEurope von Beginn an ein prominenter Gegner des Lieferkettengesetzes.[14]

Ihre ablehnende Haltung machten sie in Schreiben an für das Gesetz zentrale europäische Institutionen und Personen, aber auch in direkten Treffen mit Politiker:innen deutlich. In einem Treffen mit der zuständigen Generaldirektion für Justiz forderte der Verband z.B. dass die Anforderungen an eine Erfüllung der Sorgfaltspflicht *“auf die Mittel beschränkt sein und sich nicht auf die Resultate erstrecken sollten”*[14] Das bedeutete, die Unternehmen sollten lediglich auf einen Prozess der Sorgfaltsprüfung verpflichtet werden, unabhängig davon ob dadurch schädliche Folgen verhindert würden. Dieses Vorhaben wurde von Menschenrechtsorganisationen klar zurückgewiesen. [14] Knapp vor der Abstimmung des Berichtsentwurfs im Europäischen Parlament schrieb der Verband an den zuständigen Rechtsausschuss, dass die geplanten Maßnahmen *“haltlosen Vorwürfen und missbräuchlichen Klagen Tür und Tor öffnen”* würden.[15]

Anlässlich der französischen Ratspräsidentschaft 2021 schrieb der BusinessEurope wiederum an den französischen Präsidenten Macron. Der Verband forderte Macron auf, die Führungsrolle Frankreichs im Rat der europäischen Union zu nutzen, um unternehmerfreundliche Politik zu machen. Im Kontext des geplanten Lieferkettengesetzes, bedeutete dies weniger strenge Regularien festzulegen.[16]

Ein Jahr später, kurz vor der Veröffentlichung des Gesetzesaufschlags der Europäischen Kommission zu einem Lieferkettengesetz (Ende Februar 2022) hatte sich der Verband in einem direkten Brief an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gewandt. In diesem Schreiben forderte er einen Ansatz, der weniger weitreichend als die zuvor vom Europäischen Parlament geforderten Maßnahmen ginge. So warnte der Verband, dass zu strenge Regularien überbordende Aufgaben an Unternehmen stellen würden und somit den Wirtschaftsstandort Europa gefährden würden.[17]

Laut dem Bericht „Fein Raus“ habe es weitere Schreiben dieser Art, oft kurz vor kritischen Entscheidungen gegeben, z.B. an den zuständigen Kommissar Reynders oder die Vizepräsidentin der EU-Kommission Jourová. Der Verband setzte also an zentralen Schlüsselstellen des Gesetzes an, um gezielte Botschaften zu senden. Die dabei verwendeten Narrative stellten das Gesetz stets in ein wirtschaftsfeindliches und nicht zielführendes Licht.[14]

Wie ein weiterer Bericht von Corporate Europe Observatory (CEO), Friends of the Earth Europe (FoEE) und dem BUND mit dem Titel „Inside Job“[18]zeigt, hatte auch der Dänische Industrieverband auf BusinessEurope gesetzt um seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Insbesondere als Bestrebungen die damals noch zuständige Generaldirektion Justiz zu beeinflussen, zu scheitern drohten, bemühte man sich *„Leute in der Kommission zu aktivieren, die auf dem Gebiet der ‚Besseren Rechtssetzung‘ arbeiten,‘ vorzugsweise über BusinessEurope, da dies ‚ein stärkeres Signal aussenden würde‘“*. [3] Das Gremium zu „besseren Rechtssetzung“, meint dabei das Regulatory Scrutiny Board (RSB), welches daraufhin zwei Gesetzesvorschläge der Kommission blockiert hatte und somit für eine Verzögerung und *„Verwässerung“* [18] des Gesetzes gesorgt hätte. Das RSB gilt als industrienah und steht den inhaltlichen Forderungen von Business Europe nahe: Seit Gründung des Ausschusses 2015 hatte sich der Vorstand des RSB 23 mal mit Interessensvertretern zur Beratung getroffen, *„90 Prozent der Treffen entfielen […] auf Wirtschaftsinteressen und diese unterstützende Denkfabriken, darunter drei Treffen mit BusinessEurope“.* [18]

## 2013–2018: Lobbying für das Freihandelsabkommen JEFTA

Das bilaterale Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan – Japan-EU Free Trade Agreement (JEFTA) – wurde am 06.07.2018 vom Rat der EU ratifiziert, nachdem die Verhandlungspartner im Vorjahr eine Grundeinigung erzielt hatten. Aus einer Recherche der lobbykritischen Organisation Corporate Europe Observatory (CEO) geht hervor, dass BusinessEurope diejenige Konzernlobbygruppe ist, die zwischen 2014 und 2017 am häufigsten Kontakt mit der Generaldirektion Handel bezüglich JEFTA hatte[19]

Bereits 2013 hatte BusinessEurope in einem offenen Brief an den damaligen Präsidenten der EU Kommission José Manuel Barroso große Bereitschaft signalisiert, der EU-Kommission während allen Verhandlungsphasen „detaillierten Input“ zu bieten, um jegliche Barrieren in den Handelsbeziehungen mit Japan beseitigen zu können.[20] BusinessEurope setzte sich vor allem für eine Abschaffung aller nicht-tarifären Handelshemmnisse im Rahmen von JEFTA ein. In einem Statement, das sie gemeinsam mit dem Verband der japanischen Wirtschaftsorganisationen Keidanren 2016 veröffentlichten forderten beide Verbände, dass nicht-tarifäre Handelshemmnisse und deren Abschaffung durch regulatorische Kooperation ein zentrales Thema bleiben müssen. [21]

In der Praxis brachte BusinessEurope bereits Unternehmensverbände beider Seiten zusammen: Seit 2012 organisiert BusinessEurope gemeinsam mit Keidanren sogenannte Sector-to-Sector Meetings entlang der JEFTA-Verhandlungen. Teilnehmer sind europäische und japanische Industrieverbände, zu den regelmäßigen Teilnehmern gehören die Automobilverbände JAMA und ACEA [22]. Beim sechsten Treffen am 13. Juni 2017

waren Vertreter aus dem Automobil- , Chemie- , Eisenbahn- und Digitalsektor vor Ort, außerdem der EU-Kommissar Antti Peltomäki (Generaldirektor des Fachbereichs Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU) sowie Kazuo Kodama, der Botschafter der japanischen Vertretung bei der EU [23]. Ziel der Veranstaltungen ist vor allem der Austausch über nichttarifäre Maßnahmen und regulatorische Kooperation im Kontext der JEFTA-Verhandlungen [24] . In einer gemeinsamen Veröffentlichung bekräftigten die Teilnehmer die Forderung nach regulatorischer Kooperation erneut.

Während BusinessEurope die regulatorische Kooperation, also die gegenseitige Anpassung von Gesetzen und Standards, als einen Mechanismus zur Harmonisierung der Handelsbeziehungen beschreibt, bringt jene jedoch auch erhebliche Nachteile mit sich. Wie schon bei TTIP ist bedenklich, dass die regulatorische Kooperation es ermöglicht, voneinander abweichende Standards auf das Niveau des jeweils niedrigeren anzugleichen. Standards zu Verbraucher- und Umweltschutz können somit gesenkt werden, indem sie als „Handelshemmnisse“ dargestellt werden. Ferner ist regulatorische Kooperation problematisch, da sie Unternehmen über internationale Beratergremien einen erheblichen Einfluss auf Formulierung und Änderung von Gesetzen einräumt.[25]

## 2012–2018: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP

Einer Auswertung der vonCEO zufolge hatte BusinessEurope (gemeinsam mit dem European Services Forum ) von allen Lobbyorgansiationen den meisten Kontakt mit der EU-Generaldirektion Handel zum Thema TTIP. In den ersten 2 Jahren der Vorbereitungen und Verhandlungen zum Abkommen nahm BusinessEurope an 15 Treffen teil.[26]

Ende 2013 wurde ein Papier der EU-Kommission zu regulatorischer Kooperation geleakt. Durch das Prinzip der regulatorischen Kooperation sollen Handelshemmnisse zwischen den Vertragspartnern nach Abschluss des Abkommens abgebaut und somit eine Angleichung der Standards ermöglicht werden. Kritisch ist dies, da die amerikanischen bzw. kanadischen Standards in vielen Punkten stark von den europäischen abweichen. Besonders im Bereich des Umweltschutzes, der Chemikalienzulassung oder der Fahrzeugsicherheit sind sie sogar deutlich niedriger und deshalb kostengünstiger für Konzerne. Zentral bei der regulatorischen Kooperation ist hierbei die Einführung von Prozessen, die Unternehmen und US-Regierung früh und vor den Parlamenten in die Gesetzgebung einbinden soll. Sie erhalten dadurch eine enorme Gestaltungsmacht. Aus diesem Grund bezeichnet die US-Handelskammer, die amerikanische Arbeitgeber-Lobby, die regulatorische Kooperation als "Geschenk, das immer weiter schenkt"(Übersetzung des Verfassers).[27]

BusinessEurope forderte bereits im Herbst 2012 eine „formale und vorrangige Beraterrolle“ für Unternehmen ein. Vertraglich muss die EU-Kommission einen ausgewogenen Dialog mit verschiedenen Interessenvertretern führen. Dennoch stellte sie klar, dass eine Beraterrolle und somit eine Institutionalisierung des privilegierten Zugangs zu Gesetzgebungsprozessen in einer branchenspezifischen regulatorischen Kooperation möglich sei. Die branchenspezifische regulatorische Kooperation bezieht sich auf 9 Industriesektoren; unter anderem geht es hierbei um die Regulierung von Arzneimitteln, Chemikalien und Pestiziden. Dazu wurden bisher keine Vertragsentwürfe veröffentlicht, sodass der Einfluss von Unternehmen auf diese stark zu vermuten, jedoch nicht überprüfbar ist.[28]

Vergleicht man die Vorschläge der beiden Arbeitgeberverbände BusinessEurope und der US-Handelskammer aus den Jahren 2012[29] und 2014[30] mit den Verhandlungspositionen der EU-Kommission im Jahr 2016[31] erkennt man eine erstaunliche Ähnlichkeit. Obgleich sie nicht explizit zeigen, dass die Arbeitgeber-Lobbys TTIP mitschrieben, beinhalten die vorgeschlagenen Alternativen der EU-Kommission Formulierungen, die eben jene Ziele der Verbände letztendlich doch ermöglichen könnten.

Im November 2015 wurde bekannt, dass die EU-Kommission der Erdöllobby besonders guten Zugang zu den Verhandlungen zu TTIP verschaffte. Vertreter von Businesseurope trafen mit US-Verhandlern aus dem Außen- und Energieministerium zusammen, um über das Energiekapitel des Abkommens zu beraten.[32]

Am 11. Juli 2016 veröffentlichte BusinessEurope unter anderen gemeinsam mit AmCham EU, European Services Forum und Trans-Atlantic Business Council, der sogenannnten "Business Alliance for TTIP", ein Statement, in welchem die hohen Erwartungen an die 14. Verhandlungsrunde zu TTIP betont werden. Die Allianz übte Druck aus, um vor dem Ende der Obama-Administration einem Abschluss des TTIP-Abkommens näherzukommen. Es brauche "konstruktive und kreative Ansätze" und einen "substanziellen Fortschritt" in den Verhandlungen.[33]

Nachdem die TTIP-Verhandlungen ab Januar 2017 auf Eis lagen, gab die Europäische Kommission am 11. September 2018 eine Wiederaufnahme der Handelsgespräche mit den USA bekannt.[34] Da große Differenzen in Bereichen wie der Automobil- und der Agrarindustrie zunehmend deutlich wurden, gaben die Handlungspartner bei diesem Anlauf zunächst an, sich auf die Einigungen in weniger bedeutsamen Bereichen zu fokussieren. Luisa Santos, Leiterin der Abteilung für internationale Beziehungen bei BusinessEurope, hieß diese Verhandlungsstrategie grundsätzlich gut, da sie ein „positives Ergebnis in einer relativ kurzen Zeitspanne“ ermögliche. Sie betonte allerdings auch, dass Unternehmen ein ambitionierteres Abkommen begrüßen würden.[35] Regulierungsbehörden beider Seiten sollen folglich dazu bewegt werden, ins Gespräch zu kommen, „um zu sehen, ob es Bereiche gibt, in denen wir die Regulierungen verbessern können“.[36]. Im November 2018 wurde allerdings durch den Leak eines Dokuments öffentlich, dass die Automobil- und Agrarindustrie sehr wohl Teil dieser Gespräche waren [37]

## 2010–2018: Lobbying zur Verhinderung effektiver Klimapolitik

Für die aktive und aggressive Rolle, die Mitarbeiter von BusinessEurope bei der Verwässerung der EU-Klimaziele spielten, wurde der mächtige Arbeitgeberverband im Jahr 2010 in der Kategorie Worst Climate Lobbying für die Worst EU Lobbying Awards nominiert. Offiziell unterstützte BusinessEurope damals die Notwendigkeit, den vom Menschen verursachten Klimawandel zu stoppen. Tatsächlich jedoch wurden bestehende EU-Pläne zur Verminderung von CO2-Emissionen aktiv untergraben. Während die Industrielobbyisten vorgaben, im Interesse aller europäischen Unternehmen zu handeln, haben sie tatsächlich in erster Linie für die energieintensivsten Unternehmen der Öl-, Stahl- und Chemieindustrie Lobbyarbeit betrieben – und letztendlich eine effektive Klimapolitik auf EU-Level verhindert.[38] Im Laufe der Jahre geriet BusinessEurope immer wieder für seine klimapolitische Position in die Kritik. Als der Konsumgüterkonzern Unilever 2014 seine Mitgliedschaft bei BusinessEurope beendete, nachdem der Verband im Vorjahr die EU-Kommission dazu aufgerufen hatte, sich in den Jahren nach 2020 auf lediglich ein umweltpolitisches Ziel im Energiebereich zu beschränken.[39], wurde die Annahme laut, dass BusinessEurope mit seiner umweltpolitischen Ausrichtung auch verbandsintern auf Ablehnung gestoßen war [40] 2015 forderten Investoren Firmen sogar dazu auf, aus „klimaunfreundlichen EU-Lobbygruppen“ auszutreten, BusinessEurope wurde als Beispiel für eine solche Lobbygruppe angeführt.[41] Anhand eines internen Dokuments von BusinessEurope, das im September 2018 geleakt wurde, zeigt sich deutlich, dass der Verband noch immer aktive Lobbyarbeit gegen die EU-Klimaziele betreibt. In diesem Papier vom 13. September 2018 schlägt BusinessEurope seinen Mitgliedern verschiedene Strategien vor, um eine von der EU-Kommission angedachte Verschärfung der Klimaziele zu verhindern. [42] Das Dokument wurde von verschiedenen Medien und Nichtregierunsorganisationen scharf kritisiert, so sagte zum Beispiel Stefan Krug, Leiter der Politischen Vertretung von Greenpeace: „Business Europe sabotiert selbst den zaghaftesten Versuch der EU, ihren Rückstand beim Klimaschutz aufzuholen.“[43]

## 2016: BusinessEurope‘s Kampf gegen das Transparenzregister

Nach der Einführung des gemeinsamen Europäischen Transparenzregisters von Parlament und Kommission 2011, trat im Januar 2015 eine überarbeitete Fassung inkraft. In der ersten Jahreshälfte 2016 wurde zur Verbesserung des bestehenden Lobbyregisters ein Konsultationsprozess eingeleitet, in dem Organisationen und selbstständige Einzelpersonen Ideen und Verbesserungsvorschläge einbringen könnten. Am 28.09.2016 stellte Frans Timmermanns , damals Vizepräsident der Kommission, einen Vorschlag für ein neues Transparenzregister vor [44]. In der Folge konnte ein erster Teilerfolg schon im Dezember desselben Jahres errungen werden: Das EU-Parlament stimmte für die no registration, no meeting – Regel, die besagt, dass nur registrierte Lobbyisten sich mit Kommissaren und Kommissarinnen treffen können.

BusinessEurope vertrat gegenüber dem neuen Transparenzregister von 2016 eine skeptische Haltung. In einem Brief an Frans Timmermanns vom 06.12.2016, der durch eine Anfrage unter dem Informationsfreiheitsgesetz ans Licht kam, stellt BusinessEurope‘s Generaldirektor Beyrer insgesamt zehn Forderungen [45]. Beyrer positioniert sich klar gegen die no registration, no meeting Regel und gegen ein rechtlich bindendes Lobbyregister. Darüber hinaus kritisiert er den Vorschlag, dass Non-Profit-Organisationen (wie BusinessEurope selbst) ihre Hauptgeldgeber offen legen sollen.[46].

## 2009–2018: Better Regulation

Im Rahmen der „Better Regulation“ - zu Deutsch: bessere Rechtssetzung - strebt die EU-Kommission nach eigener Aussage eine gezielte Regulierung aller Policy-Bereiche an, „die nicht weiter geht, als nötig, um Ziele zu erreichen und Vorteile bei minimalen Kosten zu erzielen“.[47] So initiiert die aktuelle EU-Kommission nur noch 25 neue Gesetze jährlich, bei der Vorgängerkommission waren es noch 150. [48]

Anhand offizieller Stellungnahmen, Pressestatements und offener Briefe lässt sich nachvollziehen, dass BusinessEurope sich seit 2009 aktiv für die „Better Regulation“ einsetzt, welche sie als unabdingbar für eine international wettbewerbsfähige EU bezeichnet. Die Argumentation: Durch eine „clevere“ Gesetzgebung würden Investoren angelockt und das Wachstum somit gefördert.[49] KritikerInnen hingegen betonen, dass die Mehrheit der EU-Gesetze Bürgerrechte und Umwelt schütze. Sie äußerten vermehrt die Befürchtung, dass die Europäische Kommission im Rahmen der „Better Regulation“-Agenda das Allgemeinwohl hinter die Interessen von Unternehmen zurückstellen könnte.[50][51]

Wie also funktioniert die „bessere Rechtssetzung“? Mit dem Ziel, bürokratischen Aufwand zu vermeiden, wurden zwei neue ExpertInnengremien geschaffen. In diesen werden neue Gesetze auf ihre „bürokratische Last“ geprüft. In der Theorie können über die REFIT Plattform sowohl zivilgesellschaftliche als auch privatwirtschaftliche Akteure über die Umsetzbarkeit von Gesetzen urteilen. In der Praxis aber werden in den Folgenabschätzungen vor allem die quantitativen Kosten für Unternehmen beurteilt, denn die privatwirtschaftlichen Akteure können sich deutlich offensiver an der Beurteilung beteiligen. Auch ein Vertreter von BusinessEurope sitzt im REFIT-Gremium [52]. Erschwerend kommt hinzu, dass mit der neuen Agenda der besseren Rechtssetzung Lobbyverbände bereits im Vorfeld zu neuen Gesetzgebungsprozessen Vorschläge zur Minimierung kostenintensiver Regulationen einreichen können, die Parlament und Rat gleichermaßen berücksichtigen sollen. Lobbyisten werden also frühzeitig über neue Gesetzesvorhaben informiert und können so leichter Kampagnen in ihrem Sinne durchführen. Der neu eingerichtete Ausschuss für Regulierungskontrolle, RSB, hat sogar noch größere Eingriffsmöglichkeiten: Das Parlament muss im Zuge der Better Regulation zu jedem Gesetzesentwurf eine Folgenabschätzung durchführen und vom RSB genehmigen lassen, einem Gremium, das keiner demokratischernKontrolle unterliegt. Diese besondere

Rücksichtnahme auf etwaige Kosten für Privatunternehmen erhält, so KritikerInnen, damit einen unverhältnismäßig hohen Stellenwert und gibt Lobbyisten die Möglichkeit, unliebsame Kosten - zum Beispiel für Umweltschutzmaßnahmen - zu vermeiden. Denn: Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutz sind nicht explizit als Kostenfaktoren ausgenommen. [53] Während die EU-Kommission diese Agenda als Maßnahme darstellt, um Gesetzgebung offener und transparenter zu gestalten,[54] kommen die neuen Regelungen vor allem etablierten Wirtschaftslobbyisten wie BusinessEurope zu Gute.

## Organisationsstruktur und Personal

BusinessEurope gehören 40 Mitgliedsverbände aus 35 Ländern an. Mitgliedsverbände aus Deutschland sind der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Präsident von BusinessEurope ist Fredrik Persson, welcher zuvor Präsident des Confederation of Swedish Enterprise war, das ebenfalls Mitliged von BusinessEurope ist. Generaldirektor ist Markus J. Beyrer, ehemaliger Generalsekretär der Vereinigung der Österreichischen Industrie (IV).[8] (Stand: Juli 2023). Die Gesamtzahl der Beschäftigten liegt bei knapp 50.[55]

BusinessEurope hat 7 politische Ausschüsse mit insgesamt 60 Arbeitsgruppen gebildet, deren Aufgabe es ist, die Auswirkungen von Gesetzesvorhaben der EU auf die Wirtschaft zu untersuchen und zu bewerten. Die Stellungnahmen der Arbeitsgruppen werden als „position papers“ veröffentlicht. Die Mitarbeiter von BusinessEurope sollen dafür sorgen, dass die Stellungnahmen im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden. Auf der Webseite des Verbands sind die folgenden Publikationen abrufbar: Reports and studies, Postion papers, Public letters, Facts and figures, Speeches, Press releases.

Neben den nationalen Verbänden, die BusinessEurope mit Ressourcen und Infrastruktur unterstützen, besteht noch eine sogenannte 'Corporate Advisory and Support Group'. Deren 69 Mitglieder, allesamt multinationale Konzerne von beachtlicher Größe, genießen innerhalb der Organisation einen besonderen Stellenwert. Ihre Mitglieder pflegen nicht nur intensive politische Kontakte auf höchster Ebene, sondern sind auch an allen 60 Arbeitsgruppen beteiligt, welche gemeinsame Positionen erarbeiten und erheblichen Einfluss auf die Politikgestaltung der gesamten EU ausüben.

## Verbindungen

BusinessEurope ist Mitglied der folgenden Organisationen:

- European Policy Centre (EPC)
- Centre for European Policy Studies (CEPS)
- Alliance for a Competitive European Industry, die 2004 von 11 einflussreichen europäischen Industrieverbänden gegründet wurde und sich für arbeitgeberfreundliche Sozialgesetzgebung einsetzt[56]
- Alliance for CSR, einer im Jahr 2006 von der EU Kommission ins Leben gerufenen informellen Arbeitsgruppe, die sich mit der Weiterentwicklung von Themen im Bereich Corporate Social Responsibility beschäftigt[57]
- European Services Forum (ESF), einer Lobbyorganisation großer europäischer Dienstleister und ihrer Verbände
- Kangaroo Group

## Finanzen

BusinessEurope legt seine Finanzierung nicht offen. Laut EU-Transparenzregister liegen die geschätzten Kosten der direkten Lobbyarbeit bei den EU-Organen im Geschäftsjahr 2021 zwischen 4 und rund 4,49 Millionen Euro.[8]

## Geschichte

Eine Reihe nationaler Arbeitgeberverbände gründete 1949 den europäischen Dachverband Conseil des Fédérations Industrielles d'Europe (CIFE). Innerhalb dieses Rahmenvertrags schlossen sich im selben Jahr die nationalen Industrieverbände aus den 6 Mitgliedsstaaten der späteren Montanunion (EGKS) zusammen. Aus dieser ging im März 1958 die "Union des industries de la communauté européenne" (UNICE) hervor, die am 23. Januar 2007 in BusinessEurope umbenannt wurde.[58]

## Weiterführende Informationen

- Businesseurope Eintrag auf lobbyfacts.eu

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

## Einzelnachweise

1. ↑ BusinessEurope auf lobbyfacts.eu lobbyfacts.eu, abgerufen am 11.07.2023
2. ↑ Business lobbies dominate secret channel to influence Council, corporateeurooe.org vom 13.07.2021, abgerufen am 16.11.2021
3. ↑ BusinessEurope, influence.map, ,abgerufen am 15.11.2021
4. ↑ Mission and Priorities, businesseurope.com, abgerufen am 02.09.2016
5. ↑ Commission Meetings, integritywatch.eu, abgerufen am 15.11.2021
6. ↑ Brussels' most powerful lobbyist? Step forward BusinessEurope corporateeurope.org am 21.11.17, abgerufen am 20.11.18
7. ↑ So wollen Lobbyisten strengere Klimaziele verhindern, sueddeutsche.de vom 19.09.2018, abgerufen am 15.11.2021
8. ↑ [8,08,18,28,3] BUSINESSEUROPE, ec.europa.eu, abgerufen am 14.11.2021
9. ↑ The revolving door: greasing the wheels of the TTIP lobby, abgerufen am 19.09.2016
10. ↑ European Business Summit abgerufen am 13.11.18
11. ↑ European Business Summit: Consolidating Corporate Power, Coporate Eurobe Observer im Oktober 2017, abgerufen am 20.11.18
12. ↑ European Business Summit Events abgerufen am 14.11.18
13. ↑ Speakers, businesseuropeday.eu, abgerufen am 17.11.2021
14. ↑ [14,014,114,214,3] Fein Raus corporatejustice.org vom Juni 2022, abgerufen am 06.12.2022
15. ↑ Schreiben von BusinessEurope an das Legal Affairs Comittee vom 21.01.2021, abrufbar hier

16. ↑ Brief von BusinessEurope an Macron vom 24.01.2021 abrufbar hier
17. ↑ Schreiben von BusinessEurope an von der Leyen vom 01.02.2022, abrufbar hier
18. ↑ [18,018,118,2] Inside Job corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 03.11.2022
19. ↑ JEFTA: Ein exklusiver Handel zwischen EU-Unterhändlern und Großkonzernen, Corporate Europe Observatory am 29.05.2018, abgerufen a, 08.10.2018
20. ↑ EU-Japan summit on 25 March 2013 – Letter from Markus J. Beyrer to José Manuel Barroso, BusinessEurope, abgerufen am 08.10.2018
21. ↑ Joint Statement for EU-Japan Regulatory Cooperation, BusinessEurope, abgerufen am 09.10.2018
22. ↑ Joint Statement for EU-Japan Regulatory Cooperation, BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
23. ↑ BusinessEurope and Keidanren hold the 6th sector-to-sector meeting, BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
24. ↑ Joint Release – EU-Japan: Sixth sector-to-sector meeting held in Brussels, BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
25. ↑ JEFTA-Analyse: Konzernlobbyisten bekommen Einfluss auf Gesetze, LobbyControl, abgerufen am 10.10.2018
26. ↑ Who lobbies most on TTIP?, Artikel vom 8. Juli 2014, Webseite coporateeurope, abgerufen am 12.08.2014
27. ↑ TTIP-Verhandlungen: EU-Kommission verschafft ExxonMobil privilegierten Zugang, Artikel vom 27.11.2015, Webseite LobbyControl, abgerufen am 08.08.2016
28. ↑ European Commission, BE-Chamber paper on a Regulatory cooperation component to an EU-US economic agreement (TRADE internal assessment of relevance for EU-US Trade negotiations), 12 November 2012, abgerufen am 20.09.2016
29. ↑ US Chamber of Commerce and BusinessEurope, Letterto Daniel Mullaney, Re: Docket USTR-2012-0001, US Chamber of - BusinessEurope submission to the Federal Register Notice on the US-EU High-Level Working Group on Jobs and Growth, 2 February 2012, abgerufen am 20.09.2016
30. ↑ US Chamber of Commerce and BusinessEurope, Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), 2014, abgerufen am 20.09.2016
31. ↑ European Commission, TTIP – EU proposal, abgerufen am 20.09.2016
32. ↑ TTIP-Verhandlungen: EU-Kommission verschafft ExxonMobil privilegierten Zugang, Artikel vom 27.11.2015, Webseite LobbyControl, abgerufen am 08.08.2016
33. ↑ Joint Statment: High expectations for 14th round – EU and US must deliver now on TTIP, abgerufen am 08.08.2016
34. ↑ Handelsgespräche aufgenommen, Bundesregierung am 11. September, abgerufen am 26.09.2018
35. ↑ [ https://www.politico.eu/article/donald-trump-eu-eye-trade-low-hanging-fruit/ A new approach to EU-US trade: Less is more], Politico am 19.09.2018, abgerufen am 26.09.2018
36. ↑ [ https://www.politico.com/newsletters/morning-trade/2018/09/11/us-eu-playing-the-short-medium-and-long-game-on-trade-335952 U.S., EU playing the short, medium and long game on trade], Politico am 11.09.2018, abgerufen am 26.09.2018
37. ↑ Proposals for EU-US-regulatory cooperation, fooeeurope.org, abgerufen am 20.11.18
38. ↑ BusinessEurope: Worst Climate Lobbying, worstlobby.eu, abgerufen am 31.05.2012
39. ↑ Es geht nicht nur um Klimaschutz! Der Vorschlag von BusinessEurope für die europäische Energie- und Umweltpolitik im Jahr 2030 greift zu kurz, Umweltforsch vom 1.Juli 2013, abgerufen am 25.9.2018
40. ↑ Unilever quits BusinessEurope following tensions over lobby group's stance on environment & climate change, Business Humanrights am 26.08.2014, abgerufen am 25.09.2018
41. ↑ Investors urge businesses to quit climate-unfriendly EU lobby groups, Climate Home News vom 02.09.2015, abgerufen am 25.09.2018

42. ↑ BusinessEurope memo on EU climate ambition, BusinessEurope am 13.9.2018, abgerufen am 25.09.2018
43. ↑ Greenpeace: Industrie-Lobby will strengere EU-Klimaziele torpedieren, Greenpeace vom 19.9.2018, abgerufen am 25.09.2018
44. ↑ [1], Europäische Kommission, abgerufen am 12.11.18
45. ↑ Briefwechsel Timmermanns Beyrer, asktheeu.org, abgerufen am 12.11.18
46. ↑ Secrecy and privileged access on the menu for annual gathering of commissioners and Big Business , Alter-EU, abgerufen am 12.11.18
47. ↑ Better Regulation: Why and How, Europäische Kommission, abgerufen am 28.09.2018
48. ↑ Die selbstverordnete Bürokratie-Entschlackungskur, deutschlandfunk am 12.06.2018, abgerufen am 28.09.2018
49. ↑ Better Regulation, BusinessEurope, abgerufen am 28.09.2018
50. ↑ Better Regulation Watchdog Better Regulation Watchdog, abgerufen am 01.10.2018
51. ↑ How the European Union is doing the job of big businesses, Corporate Europe im Februar 2016, abgerufen am 01.10.2018
52. ↑ Mitglieder der REFIT-Plattform – Gruppe der Interessenträger, Europäische Kommission, abgerufen am 09.11.18
53. ↑ TTIP-Plus-Agenda zur besseren Rechtssetzung, LobbyControl vom 29.10.2015, abgerufen am 02.10.2018
54. ↑ Better Regulation: Why and How, Europäische Kommission, abgerufen am 02.10.2018
55. ↑ History, businesseurope.eu, abgerufen am 11.07.2023
56. ↑ Alliance for a Competitive European Industry, businesseurope.eu, abgerufen am 31.05.2012
57. ↑ Alliance for CSR, businesseurope.eu, abgerufen am 31.05.2012
58. ↑ BusinessEurope, PowerBase, abgerufen am 31.05.2012


# European Services Forum

Das **European Services Forum** (**ESF**) ist eine einflussreiche Lobbyorganisation bedeutender europäischer Dienstleister und ihrer Verbände mit besten Kontakten zu den EU-Institutionen. Mitglieder des ESF sind zum Beispiel multinationale Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Banken und Versicherungen. Das ESF arbeitet eng mit BusinessEurope zusammen. Nach eigener Aussage beschäftigen die Mitgliedsunternehmen des European Services Forum insgesamt mehr als drei Millionen Arbeitnehmer in über 200 Ländern mit einem Jahresumsatz von insgesamt 500 Milliarden Euro. Außerdem repräsentiert das ESF 29 Wirtschaftsverbände, dessen Mitglieder insgesamt über 90 Millionen Arbeitnehmer beschäftigen. [1][2]. Pascal Kerneis, der geschäftsführende Direktor des ESF, sagt über sich selbst: „Ich vertrete 80% aller Dienstleistungsexporteure und Investoren. Der Umsatz macht circa 50% der europäischen Union aus.“ (deutsche Übersetzung) [3]

**European Services Forum (ESF)**

| | |
|---|---|
| **Rechtsform** | Nicht profitorientiert - Kein rechtlicher Status |
| **Tätigkeitsbereich** | Lobbytätigkeit zur Liberalisierung des internationalen Handels mit Dienstleistungen |
| **Gründungsdatum** | 1999 |
| **Hauptsitz** | Brüssel |
| **Lobbybüro** | |
| **Lobbyb** | Avenue de Cortenbergh, 168, 1000 |

| European Services Forum (ESF) | |
|---|---|
| **üro EU** | Brussels |
| **Webadr esse** | www.esf.be |

**Inhaltsverzeichnis**


1 Lobbystrategien und Einfluss ..... 25
1.1 Beziehungen zur EU-Kommission ..... 25
1.2 EU-Gruppen ..... 26
1.3 Seitenwechsel ..... 26
2 Fallstudien und Kritik ..... 26
2.1 2012-2016: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP ..... 26
2.2 2011-2016: Lobbying für TISA ..... 27
3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen ..... 28
3.1 Organisationsstruktur und Personal ..... 28
3.2 Mitglieder ..... 29
3.3 Verbindungen ..... 29
4 Finanzen ..... 30
5 Kurzdarstellung und Geschichte ..... 30
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus ..... 30
7 Einzelnachweise ..... 30


## Lobbystrategien und Einfluss

Zentraler Punkt der ESF-Tätigkeit ist die Liberalisierung des Dienstleistungssektors – in der Realität beinhaltet das auch die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie Bildung und Wasser. Das ESF nimmt auf bilaterale Verhandlungen der EU Einfluss, aber auch auf die Tätigkeiten der Welthandelsorganisation (WTO).[4] Nach Aussage von Pascal Kerneis sind gerade internationale Handelsverträge – wie bei der WTO – für das ESF von Interesse, da solche Verträge über dem EU-Gesetz stehen und alle Mitgliedsländer der Europäischen Union einen Vertrag respektieren müssen, den die Union unterschrieben hat . [5] International ist das ESF bestens mit anderen Verbänden vernetzt – wie beispielsweise der amerikanischen Coalition of Services Industries CSI.

### Beziehungen zur EU-Kommission

Die Gründung des European Services Forum wurde von der EU-Kommission selbst angestoßen. [6] Laut ihrer Webseite wird das ESF von der EU-Kommission und den EU-Regierungen als die Stimme der europäischen Dienstleistungsindustrie anerkannt. Es durfte als Teil der offiziellen Delegation der EU-Kommission an den WTO-Treffen in Seattle, Doha, Cancun und Hong Kong teilnehmen. Als "Business-NGO" hat die ESF bei der EU-Kommission einen Beobachterstatus ("observer status") und wird von den EU-HandelskommissarInnen direkt gebrieft. Es gibt regelmäßige Treffen der ExpertInnen der Wirtschaftsministerien der EU-Mitgliedstaaten mit den ESF-Mitgliedern im sogenannten 133er-Auschuss (benannt nach Artikel 133 Abs. 3 EG - Vertrag). Nach Art. 133 führt die EU-Kommission Verhandlungen über eine gemeinsame Handelspolitik

"im Benehmen" mit diesem Ausschuss. Nach Einschätzung des ESF werden im 133er-Ausschuss die eigentlichen Entscheidungen getroffen. Die Beziehung zwischen EU-Kommission und dem ESF ist in vielen Bereichen so eng, dass in dem Zusammenhang auch von „reverse lobbying“ also umgekehrtem Lobbyismus gesprochen wird: Oft begann das Forum erst mit seiner Interessenvertretung gegenüber der EU-Kommission, nachdem diese es dazu aufgefordert hatte. Man spricht hier von „privilegiertem Zugang“, denn andere Lobbyakteure werden oft nicht aktiv von der Kommission eingebunden.

## EU-Gruppen

Das ESF gehört 2 Expertengruppen der EU-Kommission an. Unter anderem ist es in der Expertengruppe zu Handelsabkommen vertreten. [7]

## Seitenwechsel

- seit der Gründung des ESF im Jahr 1999 ist Pascal Kerneis der Managing Director. Zuvor arbeitete er als juristischer Sachverständiger für die EU-Kommission und als Lobbyist für den Europäischen Bankenverband (European Banking Federation). Dort war er in Verhandlungen der WTO zu finanziellen Dienstleistungen im Rahmen von GATS (General Agreement on Trade in Services) involviert. [8]
- Sir Thomas Harris war von 2013 bis 2017 Vorsitzender des ESF. Zu Beginn seiner Karriere war er im diplomatischen Dienst Großbritanniens tätig und als Staatsmann für die britischen Werbeprogramme für den Handel mit den USA verantwortlich, bevor er Vizepräsident der Standard Chartered Bank wurde. Er sitzt im Vorstand von TheCityUK und in zwei Beiräten des British American Business.[9]
- Christoffer Taxell war von 2007 bis 2013 Vorsitzender des ESF. Er gehörte von 1975-1991 dem finnischen Parlament an, unter anderem als Justizminister von 1979-1987 sowie als Minister für Erziehung und Wissenschaft von 1987-1990.[10]
- Sir Ian Lord Vallence of Tummel war von 2002 bis 2007 Vorsitzender des ESF. 2004 wurde er Mitglied des House of Lords für die Liberal Democrats in Großbritannien. [11]

# Fallstudien und Kritik

## 2012-2016: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP

Die enge Beziehung zwischen dem Forum und der Generaldirektion Handel der EU-Kommission spiegelt sich insbesondere in zwei Inhalten von TTIP wieder:

Zwischen 2012 und 2014, der Vorbereitungsphase und dem Beginn der TTIP-Verhandlungen, fanden zahlreiche Treffen des ESF mit der EU-Generaldirektion Handel statt. Dazu gehörten 19 Lobby-Kontakte (Beteiligung an öffentlichen Stakeholder-Meetings und Konsultationen) und 11 Treffen hinter verschlossenen Türen (exklusive Treffen zwischen ESF und EU-Generaldirektion). Damit hatte das European Services Forum gemeinsam mit der Arbeitgeber-Lobby, Businesseurope, die meisten Kontakte mit der GD Handel.

Zu den typischen Veranstaltungsformaten des ESF gehören die vierteljährlichen „Policy Committee Meetings “, bei welchen immer auch die Generaldirektion Handel vertreten ist. Alle sechs Monate sitzen dort auch hohe Beamte der EU-Mitgliedsstaaten mit am Tisch, die das ESF über den neusten Stand von verschiedenen Wirtschaftsverhandlungen aufklären. Normalerweise enden die Gesprächsrunden mit einem Cocktailempfang.[12]

Auch zu dem einflussreichen Ausschuss für Handelspolitik (Trade Policy Committee, TPC), welcher die Kommission bei der Aushandlung von Handelsabkommen mit Drittländern oder in internationalen Organisationen berät, pflegt das ESF engen und informellen Kontakt. Im März 2016 rief der Lobbyist Pascal Kerneis den Ausschuss dazu auf sich noch intensiver TTIP zu widmen.[13] Auch der Vorsitzende des ESF, Sir Thomas Harris plädierte an EU-Handelskommissarin Malmström für ein ambitioniertes TTIP, welches andere Abkommen wie TISA, GPA, oder TPP in ihrer Reichweite übertreffen sollte.[14] Malmström versicherte der Dienstleistungslobby daraufhin, dass die Kommission das Streben nach einem ehrgeizigen Dienstleistungsabkommen und einer weiteren Liberalisierung des Sektors mit den Unternehmensvertretern teile.[15] Im Juni 2016 formte das ESF gemeinsam mit anderen Verbänden und Konzernen die Transatlantic Financial Regulatory Coherence Coalition. Zusammen mit TheCityUK, der US-Handelskammer, dem Trans-Atlantic Business Council und vielen anderen, tritt das Forum dort für eine **regulatorische Kooperation** zwischen der EU und den USA ein. Dabei fokussiert sich die Koalition insbesondere auf die Regulierungszusammenarbeit im Finanzsektor. Denn eben diese Branche wurde vonseiten der US-Regierung nach der Finanzkrise im Jahr 2008 verstärkt reguliert. Eine regulatorische Kooperation würde die amerikanischen Standards demnach vermutlich senken. Die US-Regierung verweigerte sich deshalb bis dato diese bezogen auf den Finanzsektor einzuführen.[16][17]

**Schiedsgerichte**

Zu den umstrittensten Inhalten von TTIP zählen die Bestimmungen zum Investorenschutz. Der Mechanismus der Investor-Staat-Streitbeilegung (ISDS) wurde von der Kommission geringfügig und medienwirksam in das Investment Court System (ICS) umgeändert. Inhaltlich geht es dennoch um dasselbe: Die Bestimmung soll Konzernen erlauben die EU und EU-Mitgliedsstaaten vor privaten Schiedsgerichten auf Entschädigung zu verklagen, sollte diese regulatorische Änderungen im Dienstleistungssektor vornehmen, welche die Profite der Unternehmen schmälern könnten. In der Vergangenheit waren bereits Regulierungen zu Höchstpreisen auf Wasser Grund für Klagen vor privaten Schiedsgerichten gewesen Die Regulierungshoheit von Staaten bleibt auch durch das ICS-System gefährdet, die Unabhängigkeit der RichterInnen an den Schiedsgerichten bleibt zweifelhaft: Sie werden pro Klage bezahlt, was ein Interesse an einer Zunahme von Klagen begünstigt. Und: Es wird nicht explizit ausgeschlossen, dass die gleichen Personen, die schon unter dem ISDS-System RichterInnen waren, in dieser Position bleiben. [18] Das ESF argumentiert, dass starke Bestimmungen zum Investitionsschutz in der EU ausländische Direktinvestitionen anziehen würden. Laut der Dienstleistungslobby führt deshalb der Investitionsschutz zur Schaffung von Arbeitsplätzen und wirtschaftlichem Wachstum.[19] Dabei gibt es in der EU und den EU-Mitgliedsstaaten bereits funktionierende Rechtssysteme, die die Notwendigkeit von privaten Schiedsgerichten in Frage stellen.[20]

In diesem Kontext relevant: Das ESF traf sich auch mit dem Direktor für Dienstleistungen und Investitionen, Rupert Schlegelmilch. Das Forum erklärte später, dass „das Treffen von Rupert nachgefragt worden sei“. Er habe sich Impulse aus der Dienstleistungsbranche geben lassen wollen. Die Ansprache mit Vornamen zeugt erneut von der engen und informellen Beziehung des ESF zu den EU-Verhandlungsführern.[21]

## 2011-2016: Lobbying für TISA

Das European Services Forum trat vor allem im Vorfeld zu den TISA-Verhandlungen in Erscheinung, nahm aber als Teil der Global Services Coaltion auch auf die Verhandlungen selbst Einfluss.

Vor TISA strebte man auf Ebene der WTO die Durchsetzung des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) an. Ziel des GATS ist die fortschreitende Liberalisierung und Privatisierung von Dienstleistungen mittels regelmäßiger Verhandlungsrunden, in denen der Dienstleistungssektor schrittweise

weitgehender liberalisiert und privatisiert werden soll. 2001 eröffnete die WTO eine neue Verhandlungsrunde, die Doha-Runde. Diese geriet allerdings schnell ins Stocken. Obwohl in der darauffolgenden Runde in Hongkong 2005 Teilergebnisse errungen werden konnten, zeichnete sich ein Stillstand der Verhandlungen ab. Im Dezember 2011 gab die WTO-Ministerkonferenz offiziell bekannt, dass die Verhandlungen zum Erliegen gekommen waren. [22]

Der US-amerikanische Dienstleistungsverband Coalition of Services Industries CSI und das European Services Forum gründeten daraufhin die Global Services Coalition. Mitglieder dieses Dachverbands sind außerdem Wirtschaftsverbände u.a. aus Mexiko, Australien, Kanada, Japan, China, Taiwan und Brasilien, Neuseeland, Kolumbien und Großbritannien (theCityUK).[23] Die GSC warb darauf für ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen außerhalb der WTO – TISA. Sie konnte viele Staaten für dieses Vorhaben gewinnen: Neben den EU-Mitgliedsstaaten und den USA auch Australien, Kanada, Chile, Taiwan, Kolumbien, China, Japan, Korea, Mexiko, Panama, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, die Schweiz, Peru, Costa Rica, Israel und die Türkei. Der Staatengruppe, die sich den Namen „Really Good Friends of Services“ gab, gehören also vor allem starke Wirtschaftsnationen an.[24]

Erste Verhandlungen zu TISA wurden 2012 aufgenommen, Die TISA-Verhandlungen werden außerhalb der WTO geführt, langfristiges Ziel soll es den Really Food Friends of Services zufolge jedoch sein, TISA als multilaterales Abkommen in die WTO aufzunehmen. [25] 2013 übertrugen die einzelnen Mitgliedsstaaten der EU ihr Verhandlungsmandat auf die Kommission. 2013 begrüßte das EU-Parlament die Aufnahme der Verhandlungen in einem Entschließungsantrag. [26]

Die im ESF zusammengeschlossenen großen, international agierenden Konzerne, wie Deutsche Post, Deutsche Telekom oder Siemens, standen hinter dem damals verhandelten Dienstleistungsabkommen TISA. Ihr Interesse besteht darin, möglichst viele Handelsbeschränkungen zu minimieren oder zu beseitigen, mit dem Ziel weitere Märkte erschließen und Wachstum erzielen zu können.[27] Die Gespräche zu TISA liefen ähnlich intransparent wie die Konsultationen zu [TTIP]]. Nach der 21. Verhandlungsrunde in Genf im November 2016 steckten die Verhandlungen jedoch fest. Die Global Services Coalition drückte darüber in einem öffentlichen Statement ihre Enttäuschung aus und forderte die verhandelnden Parteien dazu auf, zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Verhandlungen fortzusetzen. [28]

# Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

## Organisationsstruktur und Personal

- **Vorsitzender (Chairman)**

Noel Clehane wurde am 12. Oktober 2017 in den Vorstand gewählt. Er ist Global Head of Regulatory & Public Affairs bei BDO Global, einem Unternehmensnetzwerk von Wirtschaftsprüfern, die zu den fünf größten Prüfungs- und Beraterorganisationen gehört. Er ist außerdem unter anderem bei AmCham EU und dem Trans-Atlantic Business Council tätig, in der Vergangenheit war er unter anderem bei der Kangaroo Group aktiv. [29].

- **European Services Leader Group**

Diese setzt sich aus führenden Repräsentanten (GEOs oder Board members) der EFS-Mitglieder zusammen. Ziel dieser Gruppe ist es nach eigener Aussage, den EU-Handelskommissar, die Handelsminister der EU und andere in der Handelspolitik einflussreiche Gesprächspartner zu treffen, um die Liberalisierung des Investment- und Dienstleistungssektors voranzutreiben. [30]

- **Policy Committee**

Dieses besteht aus Vertretern der EFS-Mitglieder und persönlichen Mitarbeitern von Mitgliedern der European Service Leader Group. Vorsitzender des "Policy Committee": Tilmann Kupfer. Lobbyist für British Telecom in Brüssel, Mitglied des Board der Kangaroo Group und ehemaliger "Public Affairs Consultant" bei Hill+Knowlton. ESF wirbt damit, dass alle drei Monate Treffen zwischen dem Policy Committee und Offiziellen der EU-Handelspolitik stattfinden. [31]

- **Managing Director**

Pascal Kerneis: Mitglied der TTIP Advisory Group, siehe oben "Seitenwechsel"

Pascal Kerneis kommt in der Dokumentation „The Brussels Business – Wer steuert die Europäische Union“ (2012) selbst zu Wort. Darin beschreibt er unter anderem auch das Lobbying an sich: LobbyistInnen sind für ihn NetworkerInnen, VermittlerInnen und BotschafterInnen. Er selbst pflege Kontakt zu circa 100 Personen, die seiner Einschätzung nach wirklich einflussreich sind. Zu Lobbyismus in Europa sagt er: „Jeder geht davon aus, dass Gesetze in den Institutionen beschlossen werden, also in der Kommission, dem Ministerrat und dem europäischem Parlament. Aber dahinter spielt sich noch etwas ganz anderes ab, nämlich wie man die Institutionen beeinflussen kann. Und genau das hat mein Interesse am Lobbying geweckt.“ Die Genese des ESF im Kontext der GATS-Verhandlungen kommentiert er so: „Wir entdeckten, dass es in Washington eine ganze Welt von Lobbyisten gab, die ihren Regierungen diktierten, was sie verhandelt haben wollten. Daraufhin dachten wir: Diesen Weg sollten wir auch einschlagen. Die europäischen Institutionen verlangen danach. Die können sich nicht ausschließlich auf die Institutionen ihrer Mitgliedsstaaten und die Experten der Finanzministerien verlassen. Sie benötigen direkte Informationen von Banken und Versicherungsgesellschaften.“ Ebenso erläutert er seine Lobbystrategie: „Es reicht nicht, einmal Lobbying zu betreiben. Man muss dasselbe immer wieder reinhämmern. […] Wir agieren langfristig. Ich würde nie behaupten, dass ich die Welt schon morgen ändern kann.“ [32]

Quelle: [4], Stand: Oktober 2018

## Mitglieder

Die Mitglieder des ESF sind hier abrufbar. Zu ihnen gehören 19 europäische Großunternehmen und 30 einflussreiche Unternehmensverbände mit Aktivitäten im Dienstleistungsbereich (von Finanzen über IT bis zu Logistik) wie HSCB, IBM und Microsoft. Zu den deutschen Mitglieder gehören der Bundesverband der Freien Berufe (BFB), die Deutsche Bank, die Deutsche Post DHL Group, die Deutsche Telekom sowie die Commerzbank. Außerdem sponsert das ESF gemeinsam mit Businesseurope die European Services Platform (ESP).

## Verbindungen

- Das ESF arbeitet eng mit Businesseurope, der einflussreichen Arbeitgeber-Lobby zusammen; nach eigener Angabe sowohl bei alltäglichen Projekten, als auch bei sozialen, fiskalen oder juristischen Angelegenheiten.

- Mitglied in der Global Services Coalition, einem internationalen Zusammenschluss von Dienstleistungsunternehmen und -verbänden. Aktuell drängt dieser auf den Abschluss des Dienstleistungsabkommens TISA hin und versucht darin Liberalisierungen, die über die Reichweite von GATS hinausgehen zu verwirklichen.[33]
- Regelmäßiger Kontakt zu Denkfabriken, wie ECIPE, CEPS, EIAS und EU-Asia Center.[34]

## Finanzen

Laut EU-Transparenzregister liegen die geschätzten Kosten der direkten Lobbyarbeit bei den EU-Organen im Geschäftsjahr 2017 zwischen 200.000 und 300.000 Euro. Das Forums wird von den Mitgliedern durch jährliche Beiträge finanziert.[35]

## Kurzdarstellung und Geschichte

Es war die Idee der EU-Kommission eine europaweite Interessenvertretung für den Dienstleistungssektor zu schaffen. Den Grund dafür lieferten die Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) zum General Agreement on Trade in Services (GATS). Bei der konstituierenden Sitzung des European Services Forum im Januar 1999 bekannte der damalige EU-Handelskommissar Leon Brittan, dass er künftig auf das Input und die Unterstützung des ESF zähle. Zusätzlich unterstrich er, dass er sich die Prioritäten der Dienstleistungslobby zur Verfolgung einer weiteren Liberalisierung des Handels zu Herzen nehmen würde.[36] Der damalige Verhandlungsführer der EU-Generaldirektion Handel bemerkte, dass „für die Kommission der Beitrag des ESF absolut entscheidend ist. Die Verhandlungspositionen die wir einnahmen, glichen wir zuvor mit dem ESF ab, sodass wir sicherstellen konnten, dass diese seinen Bedürfnissen entsprach.“[37]

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

## Einzelnachweise


1. ↑ [1] European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
2. ↑ ESF members – Trade Associations, European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
3. ↑ The Brussels Business – Who runs the European Union?: Regie: Matthieu Lietaert, Friedrich Moser; Drehbuch: Friedrich Moser; Visualantics, Österreich, 2012
4. ↑ LobbyPlanet: Das EU-Viertel Brüssel. LobbyControl und Corporate Europe Observatory (Hg.). Köln und Brüssel 2012, Seite 29
5. ↑ The Brussels Business – Who runs the European Union?: Regie: Matthieu Lietaert, Friedrich Moser; Drehbuch: Friedrich Moser; Visualantics, Österreich, 2012
6. ↑ The Brussels Business – Who runs the European Union?: Regie: Matthieu Lietaert, Friedrich Moser; Drehbuch: Friedrich Moser; Visualantics, Österreich, 2012
7. ↑ Transparency Register, Transparency Register der EU-Kommission, abgerufen am 01.10.2018
8. ↑ Biografie von Pascal Kerneis, abgerufen 26.09.2016
9. ↑ Biografie von Sir Thomas Harris, abgerufen 26.09.2016
10. ↑ CV Christoffer Taxell, European Services Forum, abgerufen am 01.10.2018

11. ↑ Biografie Lord Vallence, European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
12. ↑ ESF-Broschüre 2014, abgerufen am 26.09.2016
13. ↑ ESF, Email to Trade Policy Committee Members from Pascal Kerneis, Subject: Fw: European Services industries Call for an ambitious TTIP, 18.03.2016, liegt CEO vor
14. ↑ ESF, Letter to Commissioner Malmström from Sir Thomas Harris, Subject: Call for an ambitious TTIP, 16.03.2016, liegt CEO vor
15. ↑ Commissioner Malmström, Letter to Sir Thomas Harris 20.04.2016 abgerufen am 26.09.2016
16. ↑ ESF et al, Transatlantic Financial Regulatory Coherence Coalition: Financial Regulation in the TTIP, Juni 2016, abgerufen am 26.09.2016
17. ↑ Politico Pro: Trans-Atlantic firms up ante on push for TTIP financial cooperation, Victoria Guida, 7.06.2016
18. ↑ ISDS-Reform: In der Substanz ändert sich dadurch gar nichts lobbycontrol.de am 10.12.15, abgerufen am 17.12.18
19. ↑ Leaked document from 8 October 2015, Dokument liegt CEO vor
20. ↑ TTIP: debunking the business propaganda over investor rights, CEO, Juli 2014, abgerufen am 27.09.2016
21. ↑ CEO, Dataset for info-graphics on TTIP lobbying, for period Jan 2012 to Feb 2014, abgerufen am 26.09.2016
22. ↑ Vorsicht, Tisa! Le Monde diplomatique vom 11.09.14, abgerufen am 14.11.18
23. ↑ Global Services Coalition Coalition of Services Industries, abgerufen am 14.11.18
24. ↑ EU and ‚good friends' weigh international services pact euractiv.com vom 09.10.12, abgerufen am 14.11.18
25. ↑ http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/201310/20131025ATT73459/20131025ATT73459EN.pdf Plurilateral Agreement on Services] Europäisches Parlament, abgerufen am 15.11.18
26. ↑ Entschließungsantrag zur Einleitung von Verhandlungen über ein plurilaterales Abkommen über Dienstleistungen Europäisches Parlament, abgerufen am 14.11.18
27. ↑ Geheime Verhandlungen über TISA-Abkommen - Unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagesschau.de vom 19.06.2014, abgerufen am 20.06.2014
28. ↑ GSC-TISA-Statement December 2019 Coalition of Services Industries, abgerufen am 14.11.18
29. ↑ Biografie Noel Clehane, European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
30. ↑ [2] European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
31. ↑ [3] European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
32. ↑ The Brussels Business – Who runs the European Union?: Regie: Matthieu Lietaert, Friedrich Moser; Drehbuch: Friedrich Moser; Visualantics, Österreich, 2012
33. ↑ Global Services Coalition call on the TiSA negotiators to intensify efforts toward a high ambition agreement July 2016, abgerufen am 26.09.2016
34. ↑ EU-Transparenzregister, abgerufen am 26.09.2016
35. ↑ EU-Transparenzegister, abgerufen am 12.03.2018
36. ↑ Sir Leon Brittan, Speech at the ESF launching session, 26 January 1999, abgerufen am 26.09.2016
37. ↑ Lietaert, Matthieu (2009): New strategy, new partnership. EU Commission and the City of London in trade in services policy, paper prepared for the PSA annual conference, 7-9 April, Manchester, S.15, Übersetzung des Verfassers


# ACEA

Weiterleitung nach:

- European Automobile Manufacturers Association

# Bundesverband der Deutschen Industrie

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!

Jetzt spenden!

Der **Bundesverband der Deutschen Industrie** ist der Spitzenverband der deutschen Industrieunternehmen, der Verband der Industrieverbände. Mit den zahlreichen Unternehmen im Hintergrund und einer großen Nähe zu den Entscheidern in der Bundesrepublik übt er großen Einfluß auf die deutsche Politik aus. 2021 lagen die Erträge des BDI bei 27,3 Mio. Euro, wovon 26,6 Mio. Euro auf Beitragseinnahmen entfielen.[1] Der BDI wird außerdem vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. finanziell unterstützt, der im Präsidium des BDI vertreten ist.

**BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.**

| | |
|---|---|
| **Rechtsform** | eingetragener Verein |
| **Tätigkeitsbereich** | Interessenvertretung der deutschen Gesamtindustrie |
| **Gründungsdatum** | 19. Oktober 1949 |
| **Hauptsitz** | Haus der Deutschen Wirtschaft, Berlin |
| **Lobbybüro** | |
| **Lobbybüro EU** | BDI/BDA The German Business Representation, Rue du Commerce 31, 1000 Brüssel |
| **Webadresse** | bdi.eu |

**Inhaltsverzeichnis**

1 Lobbystrategien und Einfluss ..... 33
1.1 Allgemeines ..... 33
1.2 Förderkreis der Deutschen Industrie ..... 33
1.3 Ausgewählte Mitgliedschaften ..... 34
1.4 Public Private Partnership (PPP) ..... 34
2 Fallstudien und Kritik ..... 35
2.1 2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht ..... 35
2.2 2020-24: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten ..... 35
2.3 2020: Corona-Pandemie als Vorwand ..... 36
2.4 2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer ..... 37
2.5 2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien ..... 37
2.6 2011: BDI erhält Steuergelder ..... 37

2.7 2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf ..... 37
2.8 2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist ..... 37
2.9 Lobbyisten in Ministerien ..... 38
2.10 Bundesbeamte beim BDI ..... 39
3 Organisationsstruktur und Personal ..... 39
3.1 Das Präsidium ..... 39
3.2 Der Vorstand ..... 40
3.3 Die Hauptgeschäftsführung ..... 40
3.4 Mitgliedsverbände ..... 40
3.5 Landesvertretungen ..... 40
4 Geschichte ..... 41
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus ..... 41
6 Einzelnachweise ..... 41

# Lobbystrategien und Einfluss

## Allgemeines

In seiner Selbstdarstellung heißt es: "Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Er repräsentiert die politischen Interessen von über 100 000 Unternehmen mit gut acht Millionen Beschäftigten gegenüber Politik und Öffentlichkeit."[2]

Der BDI gilt als wichtigste Lobbyvertretung der Branchen, wenn es um zentrale wirtschafts- und steuerpolitische Entscheidungen geht. Aufgrund der vielschichtigen Branchen innerhalb äußert sich der BDI häufig nur zu allgemeinen Punkten der Wirtschaftspolitik. Große Unternehmen versuchen ihn gleichzeitig in eigener Sache zu beeinflussen und ihn als Lobbyisten voranzuschicken.[3]

Ludolf von Wartenberg, früherer BDI-Hauptgeschäftsführer :

> *"Sobald uns unsere Leute warnen und wir merken, dass etwas Größeres entsteht, informieren wir die Mitspieler in den Unternehmen. Wir formulieren in Abstimmung mit den Unternehmen die Auswirkungen für die Wirtschaft und setzen uns mit den Spitzen der Koalition oder dem federführenden Minister in Verbindung. Manchmal kann man auf diesem Weg ganz elegant eine Rakete entschärfen. Dieser ganze Prozess findet noch außerhalb der Öffentlichkeit statt - das wäre dann erst der nächste Schritt."*

Gespräch mit Ludolf von Wartenberg am 14.01.2005, zitiert in: [4]

## Förderkreis der Deutschen Industrie

Der BDI wird vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. unterstützt, der 1974 gegründet wurde und über 80 Unternehmen zu seinen Mitgliedern zählt.[5] Der Verein fördert den Dialog mit Politikern und wendet sich aktiv sowohl an neu gewählte Abgeordnete als auch an die Vertreter von Regierung und Opposition. Mit seinen Mitteln unterstützt der Förderkreis darüber hinaus die wissenschaftliche Arbeit wirtschaftsnaher

Einrichtungen, wie z.B. das Institut der deutschen Wirtschaft (IW), das Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) sowie die Baden-Badener Unternehmergespräche (BBUG). Der Vorsitzende des Förderkreises ist kraft Amtes Präsidiumsmitglied des BDI. Vorsitzender des Förderkreises ist laut Eintrag im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg Markus Krebber, Vorstandsvorsitzender der RWE (Stand: 27.02.2023). Geschäftsführer ist Thomas Veit, Abteilungsleiter Finanzen, Mitglieder und zentrale Dienste beim BDI.[6]

Der Förderkreis, dessen Zweck laut Satzung die nachhaltige Förderung der gesamtindustriellen Belange ist, hat sich nicht ins Lobbyregister eingetragen. In einem Brief an die Mitglieder des Förderkreises fordert dessen Geschäftsführer die Mitglieder auf, ihre Beiträge explizit nicht als Aufwendung im Sinne des Lobbyregistergesetzes abzurechnen.[7] LobbyControl geht dagegen von einer Eintragungs-Pflicht ins Lobbyregister aus.[8]

## Ausgewählte Mitgliedschaften

Der BDI ist u. a. Mitglied der folgenden Organisationen:

- Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen. Diese bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten - insbesondere Mitglieder von Bundestagsausschüssen - zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung. Der Stellv. Vorsitzende der Lobbyorganisation, Ludolf von Wartenberg, war Hauptgeschäftsführer des BDI.
- Institut Finanzen und Steuern (IFST). Monika Wünnemann, Abteilungsleiterin „Steuern und Finanzpolitik“, ist Mitglied des IFST-Vorstands, der ehem. Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenbergs ist Vorsitzender des IFST-Kuratoriums
- Wirtschafts- und steuerrechtliche Vereinigung
- Gesellschaft zur Förderung des Energiewirtschaftliches Institut (EWI)
- Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft
- Wirtschaftspolitischer Club Deutschland
- Forum Zukunftsenergien
- Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung
- Deutsches Aktieninstitut
- Bündnis "Zukunft der Industrie"
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
- Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
- Gesellschaft zur Förderung des Energiewirtschaftliches Institut (EWI)
- Förderverein des Instituts für das Recht der Wasser- und Entsorgungswirtschaft an der Universität Bonn
- Forum Luft- und Raumfahrt
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
- Pro Mobilität
- Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft
- Stifterverband

## Public Private Partnership (PPP)

Der BDI hatte einen Vertreter, Hauptgeschäftsführer Markus Kerber, in der sog. Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland. Diese Expertenkommission bestand 2014-2015 und hat den Zweck private Investionen in die öffentliche Infrastruktur (Public Private Partnership (PPP)) zu fördern.

# Fallstudien und Kritik

## 2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht

Ein Entwurf des Bundeswirtschaftsunternehmens zur Verschärfung des Kartellrechts, das die Möglichkeit einer Entflechtung von marktmächtigen Unternehmen vorsieht[9], wird vom BDI in einer Stellungnahme als „fatales Signal für De-Investitionen und De-Industrialisierung“ diffamiert.[10] Nach Auffassung von LobbyControl bedeutet die Initiative genau das Gegenteil: „Mit der Schärfung der Instrumente zur Bekämpfung von Monopolmacht bekommen Innovation und Investition künftig bessere Chancen. Denjenigen, die etwas wagen und nicht ihre Märkte abschotten, wird der Rücken gestärkt.“[11]

## 2020-24: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Im Januar 2024 übte BDI-Präsident Russwurm deutlich Kritik am Lieferkettengesetz, das noch vom EU-Parlament bestätigt werden muss. Das Gesetz enthalte „komplett wirklichkeitsfremde Vorstellungen“. [12]

Im Dezember 2023 einigten sich die Europäische Kommission, das Parlament und der Ministerrat nach 2-jährigen Verhandlungen auf ein europäisches Lieferkettengesetz, das Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards verpflichtet. Dazu äußerte sich BDI-Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner: „Der politische Kompromiss im Trilog-Verfahren bedroht Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Diversifizierung der europäischen Wirtschaft. Der BDI appelliert an Parlament und Rat, den Kompromiss abzulehnen“ [13]

Bei der Debatte um unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten hatte der BDI sich auf vielfältige Weise gegen eine gesetzliche Regelung auf nationaler und europäischer Ebene eingesetzt.[14]

**Deutsches Lieferkettengesetz**

Positionierung:

In öffentlichen Stellungnahmen kritisierte der BDI das Gesetzesvorhaben als zu weitreichend und wirtschaftsfeindlich. Insbesondere setzte der Verband sich dafür ein, die ursprünglich vorgesehene Tragweite des Gesetzes (= Ausmaß der betroffenen Unternehmen und der Grad der Verantwortlichkeit) zu begrenzen sowie Maßnahmen wie die zivilrechtliche Haftung ganz aus dem Gesetz zu streichen.[15] Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als *„irreführend“.*[16] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten *„dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“* dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: *„Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.“* Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei *„wirkungslos“.*[16]

Lobbyarbeit:

Wie der Bericht „Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum zeigt, hatte der BDI *„massiven Einfluss“* auf den deutschen Gesetzgebungsprozess geübt.[17] So verschaffte sich der Verband Gehör in höchsten

Regierungskreisen: bei einer Videokonferenz mit der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (4. November 2020) oder einem Telefonat mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (12.02.2021).[18] Laut dem Bericht erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet.[19] Auch die Initiative Lieferkettengesetz kritisierte, dass das Lobbybemühen des BDI maßgeblich dafür gesorgt hatte, das Niveau des deutschen Lieferkettengesetzes zu senken.[20]

Neben Lobbytreffen nutzte der Verband auch Pressemitteilungen und direkte Stellungnahmen um seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Den Referentenentwurf kritisierte der Verband damals als *„dringend überarbeitungswürdig“*.[21] Nach Aussagen der Initiative Lieferkettengesetz mit Erfolg: Anders als zunächst von Bundesarbeitsminister Heil (SPD) und Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) vorgesehen, galt das finale Gesetz für weniger Unternehmen und schränkte die Sorgfaltspflichten stark ein.[22]

Auch als das deutsche Gesetz bereits beschlossen war, versuchte der Verband seine Umsetzung zu verhindern. In einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) des BDI mit dem BDA, HDE und dem DIHK forderten Deutschlands größte Wirtschaftsverbände ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft, was auch beinhaltete, dass das Lieferkettengesetz aufgeschoben werden sollte. Dasselbe Narrativ wurde bereits während des Beginns der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Dem Argument, die Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde damals von führenden Ökonomen widersprochen.[17]

**Europäisches Lieferkettengesetz**

Auch beim europäischen Lieferkettengesetz, das ambitioniertere Maßnahmen als sein deutsches Pendant geplant hatte, signalisierte der BDI Widerstand. In einer Pressemitteilung vom 15.12.2021 kritisierte der Verband insbesondere den Gesetzesaufschlag vom europäischen Parlament als viel zu weitreichend.[23] Noch im Juli 2020 hatte der Seitenwechsler und BDI-Geschäftsführer Joachim Lang das deutsche Gesetz als *„nationalen Sonderweg“* kritisiert und darauf verwiesen, dass es daher eine europäische Lösung bräuchte. Unveröffentlichte Lobbybriefe, die Misereor und Global Policy Forum vorliegen, sollen zeigen, dass das Argument schon damals nur ein Vorwand gewesen sei, um ein deutsches Gesetz zu verhindern.[19]

Dies deckt sich mit der Antwort des Verbands beim Konsultationsverfahren der EU-Kommission zu der Frage, ob ein europäisches Gesetz überhaupt notwendig sei. Laut dem BDI bestand damals kein Handlungsbedarf, seine Antwort lautete: *„no action necessary“* .[19] Das Gesetzesvorhaben wurde dennoch weiter verfolgt. Einem Bericht von Corporate Europe Observatory zufolge, setzte sich der BDI im weiteren Gesetzgebungsverfahren mithilfe seines europäischen Dachverbandes BusinessEurope bei einem Meeting mit dem EU-Kommissar Breton für eine Begrenzung der Sorgfaltspflichten ein. Der Bericht zeigt auch, dass Europäische Dachverbände wie BusinessEurope gezielt Lobbyarbeit beim Ausschuss für Regulierungskontrolle (AfR) betrieben hatten. Sowohl die Positionen des EU-Komissars Thierry Breton und die des AfR stehen dem Bericht zufolge denen der Wirtschaft nahe und boten somit bessere Einflussmöglichkeiten als andere Kanäle.[24]

## 2020: Corona-Pandemie als Vorwand

Die Lobbyisten vieler Industriezweige verpacken alte Forderungen neu oder nutzen die Corona-Krise, um bereits getroffene Vereinbarungen infrage zu stellen, obwohl es in vielen Fällen keinen Zusammenhang mit dem Gesundheitsnotstand gibt. Darüber berichtet Corporate Europe Observatory:
In einem Schreiben an die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gefordert, die Einführung einer Datenbank für gefährliche Chemikalien wegen der Corona-

Krise zu verschieben. Die Datenbank soll mehr Transparenz für Verbraucher und Hersteller schaffen. Außerdem will der BDI das Verbot von Perfluoroctansäure (PFOA), einer extrem persistenten Chemikalie, aufschieben. Studien haben PFOA mit einigen Krebsarten in Verbindung gebracht, zum Beispiel mit Nieren- und Hodenkrebs. Dieses Verbot soll im Juli 2020 in Kraft treten. Das Verbot ist bereits seit fünf Jahren in Vorbereitung.[25]

## 2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Der BDI, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben.[26]

## 2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Der BDI hat fehlerhafte Angaben auf seiner Homepage und in mehreren Publikationen zu TTIP zugegeben. Konkret hieß es auf der Homepage des BDI laut Spiegel online, „dass EU und USA jeweils mit rund 100 Mrd. Euro Wirtschaftswachstum pro Jahr rechnen können"[27], dabei ging die CEPR-Untersuchung von einem Anstieg des europäischen BIP um ca. 0,5 Prozent in einem Zeitraum von 10 Jahren aus.

## 2011: BDI erhält Steuergelder

Der BDI und seine Mitgliedsverbände haben in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 17 Mal Fördermittel des Bundes in Höhe von insgesamt 4,3 Millionen Euro erhalten. Die Angaben stammen laut “Kölner Stadt-Anzeiger” (Samstagausgabe) aus einer Antwort des Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, Stefan Kapferer, auf eine Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Heinz-Peter Haustein.[28]

## 2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf

Der damalige Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) nahm am 14. März 2011 an einer Sitzung des BDI teil. Über solch ein Treffen wird Protokoll geführt. Die Süddeutsche Zeitung gelangte an das Sitzungsprotokoll und veröffentlichte die Äußerung Brüderles, wonach er die vorübergehende Abschaltung älterer Atomkraftwerke mit dem Wahlkampf in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz begründet hat.[29] Die Sätze fielen an dem Tag, an dem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) das Atommoratorium verkündete. Der Hauptgeschäftsführer des BDI, Werner Schnappauf, ist daraufhin zurückgetreten. Oppositionspolitiker Trittin meinte dazu: "Nun opfert der BDI für seinen Kumpel Rainer Brüderle den Hauptgeschäftsführer."[30]

## 2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist

**Lobbyisten in Ministerien**

- Überblick A-Z
- Problembeschreibung

Der ehemalige Bundesumweltminister Norbert Röttgen ließ sich im Mai 2006 für das BDI-Amt des Hauptgeschäftsführers, des Cheflobbyisten der deutschen Industrie, nominieren. Bundestagsabgeordneter wollte er parallel dazu bleiben. In einem Schreiben an die CDU-Mitglieder seines Wahlkreises Rhein-Sieg kündigte er an, er werde sein Mandat "selbstverständlich bis zum Ende dieser Wahlperiode weiterführen". Nach heftiger Kritik an seiner geplanten Doppelfunktion, auch aus den Reihen des Industrieverbandes, hatte Röttgen auf den BDI-Posten verzichtet.[31]

## Lobbyisten in Ministerien

Der BDI hatte je einen "externen Mitarbeiter" im Außen- und Wirtschaftsministerium, wobei der Lobbyist im Außenministerium offiziell noch bis zum 30.09.2011 bei der Außenwirtschaftsförderung mitarbeitet. Seit September 2010 ist im Rahmen eines Austauschprogrammes ein Referent des BDI im Entwicklungsministerium tätig.

#### Lobbyisten im Auswärtigen Amt

| | |
|---|---|
| **Zeitraum** | Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006[32] |
| **Mitarbeiter** | k.A. |
| **Bearbeitete Themen** | k.A. |
| **Zeitraum** | Mindestens von 2003 bis April 2008[33] |
| **Mitarbeiter** | Bis 2004 von der Bayer AG; 2004 bis 2006 Siemens AG; Ab 2007 VW AG. |
| **Bearbeitete Themen** | Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Peking. |
| **Zeitraum** | Mindestens von 2003 bis April 2008[34] |
| **Mitarbeiter** | Bis 2005 Deutschen Telekom AG; 2005 bis 2006 Deutsche Bank AG; Ab 2007 Lufthansa AG. |
| **Bearbeitete Themen** | Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Tokio. |
| **Zeitraum** | 01.10.2009 bis 30.09.2011[35] |
| **Mitarbeiter** | Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im BDI |
| **Bearbeitete Themen** | Referat 402 (Instrumente der Außenwirtschaftsförderung, Verbände, Kammern, Bundesagentur für Außenwirtschaft, Messen), Investitionsgarantien, Außenwirtschaftsförderung, Öffentlichkeitsarbeit |
| **Zeitraum** | 01.10.2011 bis 30.09.2013[36][37] |
| **Mitarbeiter** | Referent in der Abteilung Umwelt und Technik im BDI |
| **Bearbeitete Themen** | Investitionsgarantien, Organisation von Projekten der Außenwirtschaftsförderung und der strukturellen Verbesserung der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden |

Im Zuge eines Austauschprogrammes waren Beamte des Auswärtigen Amtes beim BDI beschäftigt.

#### Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

| | |
|---|---|
| **Zeitraum** | 01.01.2008 – 31.03.2008[38] |
| **Mitarbeiter** | Mitarbeiter/in im Bereich Nationales Vergaberecht |
| **Bearbeitete** | Einsatz im Bereich Wettbewerbs-, Regulierungs- und Privatisierungspolitik, Tätigkeit |

| | |
|---|---|
| **Themen** | im Bereich Wettbewerbsrecht |

**Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

| | |
|---|---|
| **Zeitraum** | 15.09.2010 - 14.09.2012[39][37] |
| **Mitarbeiter** | Teilnehmer des Austauschprogramms zwischen BMZ und BDI (s.u.) |
| **Bearbeitete Themen** | Einsatz im Referat 414 (OECD/DAC, G7/G8/G20; Zusammenarbeit mit anderen Gebern; ODA-Statistik) Mitarbeit im Bereich „G8/G20 und andere Geber“, Unterstützung bei Erstellung von BMZ-Positionen[40] Auf eine kleine Anfrage der Linken wurde letzteres abgeschwächt auf "Er unterstützt [...] vorwiegend dabei, die Erstellung des diesjährigen G8 Accountability-Berichts innerhalb des BMZ zu koordinieren und die Sitzungen der G20 Arbeitsgruppe Entwicklung vorzubereiten[39] |
| **Zeitraum** | April 2011 - voraussichtlich März 2013[41] |
| **Mitarbeiter** | Ein sogenannter Austauschreferent vom BDI |
| **Bearbeitete Themen** | Der Mitarbeiter des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Ralf Retter ist laut einer Veranstaltungsankündigung vom April 2011 als BMZ-Referent für die Vorbereitung von G-8-, G-20- und Sherpa-Treffen verantwortlich. Bei drei Sitzungen der G-8-Arbeitsgruppe Rechenschaftslegung vertrat der BDI-Mitarbeiter sogar eigenständig einen Referatsleiter des BMZ. Beim Ministerium heißt es, der BDI-Mitarbeiter treffe "keine eigenständigen Entscheidungen" und unterstütze "lediglich die Arbeit der Fachreferenten des BMZ". |

## Bundesbeamte beim BDI

Ein Mitarbeiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde mindestens für den Zeitraum von Juni 2006 bis Oktober 2007[42], und von September 2010 bis September 2012 dem BDI zugewiesen.[43]

# Organisationsstruktur und Personal

## Das Präsidium

Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten, seinem gewählten Nachfolger, seinem unmittelbaren Vorgänger sowie 7 weiteren Stellvertretern und der Schatzmeisterin (Vizepräsidenten), ferner 15 vom Vorstand zu wählenden Mitgliedern. Weitere Mitglieder kraft Amtes sind der Vorsitzende des Förderkreises der Deutschen Industrie e.V., der Präsident des Instituts der deutschen Wirtschaft und der Vorsitzende des BDI-Mittelstandsausschusses. Das Präsidium kann bis zu 25 weitere hervorragende Persönlichkeiten der Industrie als Präsidiumsmitglieder hinzuwählen, ferner sind durch die Satzung gegenseitige Vertreter im Präsidium des BDI und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) vorgesehen. Das Präsidium kann auf Vorschlag des Präsidenten die BDI-Hauptgeschäftsführerin für die Dauer ihrer Tätigkeit hinzuwählen. Ständige Gäste im Präsidium sind die Präsidenten/Vorsitzenden der BDI-Landesvertretungen, die kooptierten Vorstandsmitglieder des Förderkreises der Deutschen Industrie, die BDI-Rechnungsprüfer, die Vorsitzenden der BDI-nahen Initiativen econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft, Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) und German Health Alliance

(GHA), der Präsident und der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft sowie die Vorsitzenden der folgenden BDI-Regionalinitiativen: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA), Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA), Subsahara Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI), Lateinamerika-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (LADW) und Nordafrika Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft (NMI).

## Der Vorstand

Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten sowie den Vorsitzenden der Mitgliedsverbände bzw. einem beauftragten Vorstandsmitglied ihres Verbandes.

## Die Hauptgeschäftsführung

Der Hauptgeschäftsführer ist der Chef-Lobbyist des Verbandes.

| Funktion | Name | |
|---|---|---|
| Hauptgeschäftsführerin | Tanja Gönner (CDU) | Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2012-2022 Vorstandssprecherin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), davor Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg |
| Stellv. Hausptgeschäftsführer | Holger Lösch | |

Quelle: [44] (Stand: 02/2023)

## Mitgliedsverbände

Mitglieder im BDI sind Wirtschaftsverbände, die Spitzenvertretung einer gesamten Industriebranche oder industrienahen Dienstleistungsgruppe für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sind. Der BDI vertritt derzeit 39 Branchenverbände, inklusive einer Arbeitsgemeinschaft bestehend aus 6 Verbänden, die sich die Mitgliedschaft teilen. Über Aufnahmeanträge entscheidet der Vorstand. Eine unmittelbare Mitgliedschaft von Unternehmen ist nicht möglich. Diese können jedoch die Mitgliedschaft im Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. beantragen.

## Landesvertretungen

- Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie
- Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
- Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (UVB)
- Die Unternehmensverbände im Lande Bremen
- IVH - INDUSTRIEVERBAND HAMBURG
- Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU)
- Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern (VUMV)
- Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN)
- Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw)

- Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU)
- Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände (VSU)
- Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW)
- Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt (AWSA)
- UV Nord - Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein
- Verband der Wirtschaft Thüringens (VWT)

Quelle:[45]

## Geschichte

Der BDI wurde am 19. Oktober 1949 als »Ausschuss für Wirtschaftsfragen der industriellen Verbände « gegründet, eine Woche nach der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Vorbild war der » Reichsverband der deutschen Industrie«, der von 1919 bis 1933 existiert hatte. Ende Januar 1950 erfolgte die Umbenennung in »Bundesverband der Deutschen Industrie«.[46] Es gab schon mehrfach Bestrebungen, den Verband mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zu vereinigen, die aber trotz der großen räumlichen sowie ideologischen Nähe bislang immer scheiterten.[47] In einem internen Strategiepapier aus dem Jahr 2015, das das "Manager Magazin" auszugsweise zitierte, hieß es dazu, dass die getrennte Aufstellung der zwei Spitzenverbände BDA und BDI "nicht mehr zukunftsfähig" sei und den Anforderungen an Lobbying auf EU-Ebene nicht genüge, da sie in den europäischen Institutionen niemand verstünde.[48]

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

## Einzelnachweise


1. ↑ Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2021, lobbyregister.de, abgerufen am 08.11.2022
2. ↑ BDI-Webseite abgerufen am 19.07.2011
3. ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 173f
4. ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 175
5. ↑ Förderkreis der Deutschen Industrie, industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 27.02.2023
6. ↑ Förderkreis der Deutschen Industrie, industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 02.03.2023
7. ↑ Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?, businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
8. ↑ Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?, businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
9. ↑ Bundeswirtschaftsministerium legt Entwurf zur Verschärfung des Wettbewerbsrechts vor, bmwk.de vom 20.09.2022, abgerufen am 12.01.2023
10. ↑ Referentenentwurf für ein Wettbewerbsdurchsetzungsgesetz, bdi.eu vom 12.10.2022, abgerufen am 12.01.2023

11. ↑ Kartellrecht. BDI verteidigt Monopolinteressen und übergeht den Mittelstand, lobbycontrol.de vom 06.12.2022, abgerufen am 12.01.2023
12. ↑ bdi-besorgt-ueber-wirtschaftflaute, zeit.de, dpa-Meldung vom 16.01.2024, abgerufen am 17.01.2024
13. ↑ eu-lieferkettenkompromiss-bedroht-europaeische-wirtschaft, bdi.eu/presse vom 14.12.2023, abgerufen am 17.01.2024
14. ↑ Beim Lieferkettengesetz, geht es darum Unternehmen zu verpflichten entlang ihrer Wertschöpfungskette Maßnahmen zu ergreifen die Einhaltung von Umweltschutzstandards und Menschenrechten zu wahren
15. ↑ Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz bdi.eu vom 03.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
16. ↑ [16,016,1] Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
17. ↑ [17,017,1] Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
18. ↑ Drucksache 19/28193 S. 52, dserver.bundestag.de, abgerufen am 07.11.2022
19. ↑ [19,019,119,2] Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz, Global Policy Forum & Miseroeor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
20. ↑ Wirtschaftslobby kämpft gegen wirksames europäisches Lieferkettengesetz lieferkettengesetz.de vom 21.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
21. ↑ Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten bdi.eu vom 28.02.2021, abgerufen am 07.11.2022
22. ↑ “Noch nicht am Ziel, aber endlich am Start” – Kommentar zum Beschluss des Lieferkettengesetzes vom 11.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
23. ↑ Auf dem Weg zu einem europäischen Lieferkettengesetzbdi.eu vom 15.12.2021. abgerufen am 07.11.2022
24. ↑ Inside Job corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 07.11.2022
25. ↑ 25 March: Less transparency on chemicals linked to cancer corporateeurope.org, Corona Lobby Watch vom 01.05.2020, abgerufen am 18.03.2023
26. ↑ Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen! Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
27. ↑ Freihandelsabkommen: Industrieverband räumt falsche Angaben über TTIP ein, Spiegel Online, abgerufen am 13.04.2015
28. ↑ BDI erhält Millionen Fördermittel des Bundes euronews.net vom 16.07.2011, abgerufen am 20.07.2011
29. ↑ "...und die Entscheidungen daher nicht immer rational" sueddeutsche.de vom 24.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
30. ↑ Bauernopfer für Brüderle taz vom 26.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
31. ↑ Röttgen soll Fraktionsgeschäftsführer bleiben Spiegel-Online vom 22.07.2006, abgerufen am 20.07.2011
32. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien"
33. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf schriftliche Fragen (Nr. 1, 8, 11, 28) von Gesine Lötzsch (Die LINKE) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011

34. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf schriftliche Fragen (Nr. 1, 8, 11, 28) von Gesine Lötzsch (Die LINKE) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011
35. ↑ Bundesministerium des Innern: Vierter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2009 – 31. Dezember 2009, Stand 31.03.2010
36. ↑ Achter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2011 – 31. Dezember 2011 Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012
37. ↑ [37,037,1] Neunter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Januar 2012 – 31. Juni 2012 Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012
38. ↑ Bundesministerium des Innern: Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung (pdf), Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008, letzter Zugriff 09.09.2011
39. ↑ [39,039,1] Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011
40. ↑ Bundesministerium des Inneren: Sechster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtzeitraum 01.07.2010- 31.12.2010, Stand: 21.03.2011
41. ↑ [1] BDI-Lobbyist vertritt Regierung auf G-8-Planungstreffen. Letzter Zugriff: 25.04.2012
42. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
43. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011
44. ↑ Hauptgeschäftsführung, bdi.eu, abgerufen am 27.02.2023
45. ↑ BDI-Webseite abgerufen am 20.07.2011
46. ↑ BDI-Webseite 60 Jahre BDI abgerufen am 20.07.2011
47. ↑ Fusion der Spitzenverbände: BDI und BDA Angst vor der eigenen Courage, Der Tagesspiegel, 28. August 2016, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
48. ↑ "Nicht zukunftsfähig". BDI - Eine Fusion mit der BDA scheitert, Geschäftsführer Kerber ist auf dem Absprung.", Manager Magazin, Ausgabe vom September 2016, Seite 8